

Buchbesprechungen

Rahmeyer, Fritz: Sektorale Preisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1951 - 1977 (Schriften zur angewandten Wirtschaftsforschung, Bd. 48). J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1983, 307 S., DM 98,—.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen westlichen Industrieländern ist in den siebziger Jahren durch die Beschleunigung der Inflation bei abnehmendem Wirtschaftswachstum und einer Zunahme der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Diese wirtschaftliche Erscheinung, auch als Stagflation bezeichnet, hat eine kurzfristige zyklische und eine langfristige trendförmige Ausprägung. Gegenüber den fünfziger und sechziger Jahren handelt es sich dabei um eine Veränderung der Relation von Mengen- und Preisreaktionen auf Nachfrageänderungen. Kurzfristig reagieren im Konjunkturabschwung die Mengengrößen vor den Preisgrößen, langfristig nimmt der Anteil der Preiseffekte zu. Vor diesem Hintergrund analysiert Rahmeyer in seinem Buch, das eine überarbeitete Fassung seiner Habilitationsschrift ist, theoretisch und empirisch die Preisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeit gliedert sich in zwei Hauptteile mit jeweils einem theoretischen und einem empirischen Teil. Der Verfasser analysiert im ersten Hauptteil den Preis-Mengenverbund und im zweiten Hauptteil die Determinanten des Inflationsprozesses.

Die theoretische und empirische Analyse des Anpassungsprozesses von Preisen und Mengen an Nachfrageänderungen im Konjunkturzyklus wird mit einer Systematik des Preis-Mengenverbundes eingeleitet. Für die weitere Untersuchung kommt Rahmeyer zu der Feststellung, daß die Behandlung der Preis- und Mengenanpassungen und des Inflationsprozesses in die Systematik des Preis-Mengenverbundes und in die gesamtwirtschaftlichen Theorien eingebettet werden muß. Dabei ist eine theoretische und eine empirische Analyse der kurzfristigen Preis- und Mengenanpassungen und des langfristigen Preiswachstums — jeweils unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Struktur — erforderlich.

In der anschließenden Behandlung der Preis- und Mengenanpassungen in den gesamtwirtschaftlichen Theorien wird auf den in der Wirtschaftstheorie behandelten Zusammenhang zwischen der Höhe der Lohn- und Preisinflationsrate einerseits und der Arbeitslosenquote bzw. der Wachstumsrate der Produktion andererseits und damit auf die Entwicklung der Preis- und der Mengengrößen eingegangen. Damit einher geht die Diskussion um die Möglichkeit einer Selbststeuerung der Güter- und Arbeitsmärkte sowie die Bildung des Gleichgewichts bei Vollbeschäftigung. Nach einer Diskussion der relevanten Grundstrukturen der keynesianischen und neoklassischen Wirtschaftstheorie unter Heranziehung des Konstrukts der Phillips-Kurve zur Behandlung des empirischen und theoretischen Zusammenhangs zwischen der Entwicklung von Preis- und Mengengrößen gelangt der Verfasser auf der Basis der Hypothesen der gesamtwirtschaftlichen Theorien zu vier Reaktionsmodellen von Preisen und Mengen bei Nachfrageänderungen.

Die sich anschließende empirische Analyse der Preis- und Mengenanpassung bei Nachfrageänderungen dient neben der Identifikation eines möglicherweise veränderten Mengen- und Preisverhaltens im Konjunkturzyklus zugleich der Überprüfung der Theorien zu den Preis- und Mengenanpassungen; dabei wird zwischen der Entwicklung gesamtwirtschaftlicher und sektoraler Mengen- und Preisgrößen unterschieden. Während die Entwicklung der Sektoren und Branchen aufgrund der Datenlage nur auf der Basis von Jahresdaten aufgezeigt wird, wird die empirische Analyse der gesamtwirtschaftlichen Größen sowohl auf der Basis von Jahren als auch von Vierteljahresdaten durchgeführt, wobei insbesondere eine deskriptive Verzögerungsanalyse und eine korrelationsanalytische Verzögerungsberechnung durchgeführt wird sowie die Flexibilität der Preise mittels der Frequenz der Änderung der Inflationsrate und ihre relative Amplitude im Konjunkturab-schwung gemessen wird.

Zusammenfassend stellt Rahmeyer fest, daß der Mengenverbund zwischen Produktion und Beschäftigung in Form einer Beschäftigungsanpassung an Produktionsveränderungen besteht. Eine ausgeprägte lead-lag-Beziehung läßt sich gesamtwirtschaftlich nicht feststellen, doch weisen die lags bei der Spezifizierung als Beschäftigungsfunktion einen engeren Zusammenhang als die leads auf. Beim Preisverbund zwischen Nominallöhnen und Güterpreisen besteht gesamtwirtschaftlich ebenfalls keine eindeutige lead-lag-Beziehung. Gemessen an der Höhe des partiellen Korrelationskoeffizienten folgen die Preise den Löhnen mit Verzögerung. Der Preis-Mengenverbund auf dem Gütermarkt zeigt einen eindeutigen Nachlauf der Preise gegenüber der Produktion und der auf dem Arbeitsmarkt einen Nachlauf der Löhne gegenüber der Beschäftigung; das gleiche gilt für die Lohnstückkosten gegenüber beiden Mengengrößen. Eine Beschleunigung der Mengensteigerung geht mit Verzögerung mit einer Beschleunigung der Preis- bzw. Lohnsteigerungen einher. Der Preis-Mengenverbund zwischen Güter- und Arbeitsmarkt zeigt ebenfalls eine eindeutige Verzögerung der Preis- gegenüber der Mengengrößen. Die Ergebnisse der Analyse der Preisflexibilität und der Preis- und Mengenanpassung lassen erkennen, daß auf Veränderungen des nominalen Sozialprodukts innerhalb eines Jahres sowohl die Mengen als auch die Preise reagieren. Über die Untersuchungsperiode hinweg nehmen die gesamtwirtschaftlichen und industriellen Preiseffekte zu und sind in den Abschwungsphasen höher als in den Aufschwungsphasen. Die Beschäftigungselastizität verringert sich über den Gesamtzeitraum, insbesondere in den Aufschwungsphasen. Eine Lohn- und Preisbeschleunigung in konjunkturellen Abschwungsphasen führt zu Perioden der Stagflation im Konjunkturzyklus. Die abnehmende Preisflexibilität im Konjunkturabschwung und die Beschleunigung der Lohn- und Preisinflationen bei gegebener bzw. steigender Höhe der Arbeitslosenquote legen einen instabilen Verlauf auch der Angebotskurve nahe und widersprechen damit den Annahmen der Theorie der Markträumung bei rationalen Erwartungen (neue klassische Makroökonomie) bezüglich des Verlaufs der Angebotskurve und der Preisanpassung und deren Determinanten.

Den theoretischen Hintergrund zur Erklärung der gesamtwirtschaftlichen und der industriellen Preisbildung und -entwicklung im zweiten Hauptteil des Buches bildet die Inflationstheorie. Die Erklärung der Inflation (Preiswachstum) stellt auf Richtung und Höhe der langfristigen Preisveränderungsrate ab, nicht auf zyklische Preisanpassungen, Veränderungen der Preisflexibilität und der Struktur, obwohl beide Entwicklungen nicht unabhängig voneinander sind. Rahmeyer unterscheidet im Rahmen der theore-

tischen Analyse zwischen nachfrageorientierter, angebotsorientierter und strukturorientierter Inflationserklärung. Innerhalb der nachfrageorientierten Inflationstheorie wird zwischen einem keynesianischen und einem monetaristischen, d. h. neoklassischen Erklärungsansatz unterschieden. Dabei kommt der Verfasser zum Schluß, daß die keynesianische Theorie keine eigenständige Theorie zur Bestimmung der Höhe des Preisniveaus bzw. der Inflationsrate beinhaltet; sie ist im Kern eine Theorie zur Bestimmung von Produktionshöhe und Beschäftigung. Keynes behandelt die Entwicklung der Preise im Rahmen der Analyse der Determinanten von Produktion und Beschäftigung; dabei ist das Preisniveau bei gegebenem Nominallohn von der Höhe des Beschäftigungsgrades und der Arbeitsproduktivität abhängig.

Die monetaristische Inflationsrate ist integraler Bestandteil der neoklassischen Theorie. Sie behandelt in der Form der Gleichgewichtsanalyse den langfristigen, dauerhaften Zusammenhang zwischen der Höhe der Geldmenge, der Produktion, der Beschäftigung, der Löhne, der Preise und der Zinsen. Kurzfristige Veränderungen der Inflationsrate und des Beschäftigungsgrades als Folgen einer nichterwarteten Veränderung der Nachfrage werden beim monetaristischen Ansatz im Rahmen der Ungleichgewichtsanalyse behandelt. Sie sind die Folge einer Veränderung der Preisrelation zwischen Güter- und Arbeitsmarkt (Reallohn). Die vorübergehende Abweichung der Mengen- und Preisgrößen von den Gleichgewichtswerten wird im Rahmen einer einheitlichen Theorie untersucht. Das monetaristische Inflationsmodell kritisiert die lediglich akkommodierende Rolle monetärer Faktoren bei der Erklärung der Inflation, die Annahme der Geldillusion am Arbeitsmarkt und damit einhergehend die Stabilität der Phillips-Kurve. Aber auch gegen die monetaristische Theorie führt der Verfasser mehrere Kritikpunkte an wie etwa die, daß für die befriedigende Inflationserklärung nicht die Beschränkung auf die Hypothese genügt und daß die Inflation langfristig ein rein monetäres Phänomen sei. Diese Aussage ist lediglich die Implikation der Existenz eines monetären Gleichgewichts, d. h. Geldangebot gleich Geldnachfrage. Außerdem kann die Annahme der marktmäßigen Lohn- und Preisbildung nicht aufrecht erhalten werden, wenn an die tarifliche Lohnfestsetzung und die administrierte Preissetzung der Unternehmen auf konzentrierten Märkten gedacht wird.

Im Rahmen der angebotsorientierten Inflationserklärung behandelt Rahmeyer die Marginalanalyse, die Vollkostenpreisbildung und das Lohn-Preis-Modell. Dabei spitzt sich die Kontroverse zwischen Vertretern der Marginalanalyse und des Vollkostenprinzips in bezug auf Thesen zur Preisbildung auf die Frage zu, ob diese überwiegend nachfrage- oder kostendeterminiert vorgenommen wird und ob die Preise kurzfristig flexibel oder unflexibel auf Nachfrageänderungen reagieren. Das Lohn-Preis-Modell ist nach der Analyse Rahmeyers zur Erklärung eines Inflationsprozesses unvollständig, da es die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage exogen vorgibt. Soll die Veränderung der Preise erklärt werden, muß das Modell um Gleichungen ergänzt werden, die die Höhe der Arbeitslosenquote und die Kapazitätsauslastung als die gebräuchlichsten Nachfrageindikatoren bestimmen. Der partielle Erklärungsansatz der Inflation wird dann zu einem Gesamtmodell der Beschäftigung und des Einkommens erweitert.

Die im Rahmen der theoretischen Analyse der Preisentwicklung behandelten strukturorientierten Inflationsmodelle gehen von der Annahme aus, daß die Determinanten der langfristigen Preisniveaumentwicklung vom zeitlichen

Verlauf und der Struktur her heterogener Natur sind und sich für die Wirtschaftsbereiche voneinander unterscheiden. Neben der Asymmetrie der Lohn- und Preisentwicklung bei Nachfrageveränderungen und der unterschiedlichen Preisentwicklung in den Wirtschaftsbereichen rückt in den strukturorientierten Inflationsanalysen zunehmend die Differenzierung der Gesamtwirtschaft in einzelne Bereiche in den Vordergrund. Gegenüber den keynesianischen und monetaristischen Inflationstheorien gehen sie von der These der Einheitlichkeit der Preisbildung ab und unterstellen stattdessen Kombination von Preisbildungsformen. Es handelt sich dabei um Partialmodelle, die sich auf den realwirtschaftlichen Bereich beschränken. Im Mittelpunkt steht die Unterscheidung der Gesamtwirtschaft in Märkte mit wettbewerblicher und mit administrierter Preisbildung.

Für die ökonometrische Analyse der sektoralen Preisentwicklung wird von Rahmeyer der strukturorientierte Ansatz der Inflationserklärung herangezogen; die Analyse der Preisentwicklung bezieht sich auf die Wirtschaftsbereiche und Branchen des verarbeitenden Gewerbes. Theoretischer Ausgangspunkt ist der Zusammenhang zwischen Lohn-, Produktivitäts- und Preisentwicklung. Nach diesem Muster folgt ein einfacher Erklärungsansatz der Preisentwicklung in den Wirtschaftsbereichen. Dadurch wird die These, daß die Entwicklung der Lohnstückkosten die der Preise wesentlich beeinflusst, gestützt. Danach wird vom Verfasser geprüft, welchen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Preisentwicklung einzelne Wirtschaftsbereiche geleistet haben. Dabei zeigt sich, daß vom Dienstleistungssektor sowohl von der Höhe der relativen Preise als auch von der Zunahme seines Anteils am nominalen Bruttosozialprodukt langfristig ein autonomer Inflationsimpuls ausgeht. Schließlich untersucht der Verfasser für das verarbeitende Gewerbe den Zusammenhang zwischen Lohn-, Produktivitäts- (und damit Lohnstückkosten) und der Preisentwicklung vertiefend, da die Analyse der Preisentwicklung in den Wirtschaftsbereichen gezeigt hat, daß diese eng mit der Entwicklung der Lohnstückkosten verbunden ist.

Außerdem wird die Preis- und Mengenflexibilität im verarbeitenden Gewerbe untersucht sowie der Zusammenhang zwischen Lohn- und Produktivitätsentwicklung analysiert und die daraus resultierende Struktur mittels einer Querschnittsanalyse überprüft, um die Determinanten der relativen Preisentwicklung zu bestimmen. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die relativen Preise im verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt von der Entwicklung der relativen Lohnstückkosten (positiv) und (bei relativer Konstanz der Lohnstruktur) damit von der relativen Produktivitätsentwicklung (negativ) abhängig sind.

Abschließend werden die Determinanten der Preisentwicklung im verarbeitenden Gewerbe analysiert. Dabei geht der Verfasser von der Grundhypothese aus, daß die Preisentwicklung auf den Güter- und Faktormärkten vom Stand der Nachfrage bzw. deren Veränderung von der Entwicklung der Produktionskosten abhängig ist. Explizit berücksichtigt sie keine Argumente für die Marktstruktur in den Branchen; den Unternehmen wird im Durchschnitt aber implizit ein gewisser Preisbildungsspielraum zuerkannt. Es zeigt sich, daß den Preisgleichungen im Unterschied zu den Lohngleichungen ein kontinuierlicher und gleichbleibender direkter Einfluß der Nachfrage auf die Preisentwicklung nicht zuerkannt werden kann. Wie zu erwarten ist, kann ein einzelner Regressionsansatz für alle Branchen auch nicht als überlegen angesehen werden.

Da gegen die ökonometrische Analyse der Lohn- und Preisentwicklung mittels der Schätzung der Einzelgleichungsmodelle eingewandt wird, daß in den Lohn- und Preisgleichungen als Einzelgleichungen die exogen angenommenen Variablen nicht wirklich exogen sind, und außerdem Interesse an Gesamt- oder zumindest an Teilzusammenhängen besteht und weniger an isolierten Erklärungen von Einzelphänomenen, wird vom Verfasser eine simultane Schätzung von Lohn- und Preisgleichungen durchgeführt. Sie führt zu dem Ergebnis, daß das gewöhnliche OLS-Verfahren zur Schätzung von Einzelgleichungen zur Unterschätzung des Lohneinflusses auf die Preise und zur Überschätzung des Preiseinflusses auf die Löhne führt.

Da die Schätzung von Preisgleichungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Lohnstückkosten, der Importpreise und einer Nachfragegröße dem Ziel der Erklärung der Preisdeterminanten im verarbeitenden Gewerbe nicht voll gerecht wird, müssen weitere Kostenarten berücksichtigt werden. Nach der Schätzung der Lohn-, Import-, Material- und Kapitalkosten erfolgt abschließend eine Charakterisierung der Entwicklung der Kostenstruktur. Die Materialstückkosten sind bis auf zwei Ausnahmen in der Gesamtperiode signifikant. Es folgen in der Häufigkeit die Lohnstückkosten und die Importstückkosten. Der geringste Einfluß auf die Preisentwicklung geht von den Kapitalstückkosten und vom Auslastungsgrad aus. In der Mehrzahl der Branchen sind zwei oder drei Variablen gesichert. Insgesamt gesehen sind sowohl Nachfrage- als auch Kostenfaktoren gesichert, wobei letztere überwiegen.

Der Nachvollzug der Ergebnisse der Analysen Rahmeyers wird dadurch erschwert, daß das Lesen zahlreicher Tabellen äußerst mühsam ist, da die Abkürzungen nicht verständlich sind und ein dauerndes Suchen in der Legende sehr umständlich ist. Bei einem Werk dieses Umfangs hätte man erwarten dürfen, daß der Verfasser näher auf die zugrundegelegten Daten eingegangen wäre — so z. B. auf die Güte der verwendeten Daten. Dabei vermißt man eine Erklärung darüber, ob die Preisentwicklung des Beitrags des Wirtschaftsbereichs zum Bruttoinlandsprodukt für die Analyse der Preisentwicklung herangezogen werden kann oder ob für die Energiewirtschaft, den Bergbau und das verarbeitende Gewerbe die Erzeugerpreisindices für die Untersuchung besser zu verwenden sind. In diesem Zusammenhang stellt sich sogleich auch noch die Frage nach einer Analyse der Inlands- und der Ausführpreisentwicklung und die Frage, ob Laspeyres- oder Paascheindices für die Untersuchung geeignet sind. Bei der Behandlung der Determinanten des Inflationsprozesses wird des öfteren eine Unterteilung nach den einzelnen Jahrzehnten vorgenommen, ohne daß auf ökonomische Tatbestände wie den Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton-Woods oder den ersten Ölpreisschock geachtet wird. Der Leser hätte sich außerdem eine verstärkte inhaltliche Interpretation der Fülle der Ergebnisse gewünscht, deren Erklärung oft sehr formal ist.

Insgesamt ist das Buch Rahmeyers lesenswert, weil es relativ umfangreich die kurzfristige und langfristige gesamtwirtschaftliche und sektorale Preisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland analysiert. Die Untersuchungen der zyklischen Preisentwicklung und der strukturorientierte Erklärungsansatz führen zu einer Vielzahl von Informationen, die insbesondere der monetaristische Ansatz nicht liefern kann.

H. Wessels, Berlin

Berthold, Norbert und Bernhard Külp: Regelgebundene Rentenanpassung als Mittel zur langfristigen Sanierung der Gesetzlichen Rentenversicherung (Sozialpolitische Schriften, Heft 44). Duncker & Humblot, Berlin-München 1984. VII, 217 S. DM 66,—.

Diese Arbeit ist einer Frage gewidmet, die in der sozialpolitischen Diskussion — nicht nur der Bundesrepublik Deutschland — eine wichtige Rolle spielt: Wie können im Rentenversicherungssystem die vor allem auf veränderten demographischen Bedingungen und veränderten Verhaltensweisen (z. B. Erwerbsverhalten) beruhenden Finanzierungsprobleme, die sich für die Zukunft abzeichnen, bewältigt werden? In diesem Problemzusammenhang findet die Anpassung der Renten seit langem schon besondere Beachtung. Die Rentenanpassung ist allerdings nicht losgelöst von der Erstberechnung der Renten (Rentenfestsetzung) zu sehen.

Die Autoren plädieren für eine Rentenberechnung und -anpassung auf der Basis einer festen Rentenformel, die möglichst im Grundgesetz verankert sein sollte. Außerdem soll diese Rentenformel einen Verteilungsschlüssel enthalten zur Aufteilung demographisch bedingter Finanzierungsbelastungen auf Versicherte und Rentner. Als Instrument dazu werden Variationen des sogenannten Steigerungssatzes in der Rentenformel vorgeschlagen. Um die Rentenversicherung stärker dem tagespolitischen Geschehen zu entziehen, vor allem um diskretionäre Eingriffe zu mindern, wird weiterhin vorgeschlagen, die Rentenversicherung stärker am Versicherungsprinzip zu orientieren und interpersonelle Umverteilungselemente möglichst weitgehend aus der Rentenversicherung zu eliminieren. Da dies allerdings von den Autoren hinsichtlich der Realisierungschancen als recht unwahrscheinlich angesehen wird, schlagen sie als Vorstufe vor, interpersonelle Umverteilungselemente über Beiträge in der Rentenversicherung durch die Versicherten finanzieren zu lassen, allerdings durch Ausweis eines versicherungsgerechten und des umverteilungspolitisch bedingten Anteils des Beitragssatzes.

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Im ersten werden verschiedene Vorschläge zur Bewältigung finanzieller Probleme der Rentenversicherung auf der Basis bereits veröffentlichter Arbeiten dargestellt. Vor allem aber wird — unter stark vereinfachenden Annahmen — die von den Autoren „bevölkerungsdynamisch“ genannte Rentenformel entwickelt, deren Kerngedanken oben schon skizziert wurden. Die Autoren stellen in diesem Zusammenhang unterschiedliche Möglichkeiten der „Lastaufteilung“ zwischen Versicherten und Rentnern vor dem Hintergrund dreier von ihnen unterschiedener verteilungspolitischer Zielsetzungen dar.

Im anschließenden Teil werden Gründe für Durchbrechungen des Äquivalenzprinzips in der Rentenversicherung dargestellt, wobei zwischen Maßnahmen der interpersonellen Einkommensumverteilung und Veränderungen der Bevölkerungsstruktur unterschieden wird. Zugleich wird geprüft, welche Möglichkeiten einer versicherungsgerechten Berücksichtigung bestimmter Tatbestände (z. B. von Zeiten der Arbeitsunterbrechung durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit) bestehen. Der abschließende Teil ist konjunkturellen Wirkungen der veränderten Anpassungsformel gewidmet, und zwar im Vergleich zum gegenwärtigen Verfahren.

Wie diese Skizze des Aufbaus verdeutlicht, wurde die Thematik recht breit bearbeitet. Die folgenden Bemerkungen können sich deshalb nur auf wenige Aspekte beziehen, wobei in den Mittelpunkt Fragen gerückt werden, die aus

der Sicht des Rezensenten im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Neugestaltung der Rentenformel eine kritische Kommentierung nahelegen, da diese im Zentrum der Empfehlungen der Autoren steht.

Als verteilungspolitische Zielvorstellung wird von den Autoren von einer bestimmten anzustrebenden Einkommensänderung beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand ausgegangen. Angeknüpft wird an die in der Erwerbsphase bezogenen Löhne, und es wird im Vergleich dazu eine bestimmte Rentenhöhe als wünschenswert angesehen. Da sich aber unter anderem Abgaben für die Erwerbstätigen — nicht zuletzt demographisch bedingt — ändern, wird gefragt, wie eine Konstanz der als erwünscht angesehenen Relation zwischen Renten und Löhnen (Rentenniveau) durch eine entsprechende Ausgestaltung der Rentenformel realisiert werden könnte. Als Aktionsparameter bei sich ändernden „Umweltbedingungen“ wählen die Autoren den sog. Steigerungssatz, der in der Rentenformel — seit der Rentenreform von 1957 — für Altersruhegelder einheitlich 1,5 v. H. (für jedes anrechnungsfähige Versicherungsjahr) beträgt. Dieser Steigerungssatz soll nun eine Variable werden, und zwar jährlich neu in Abhängigkeit von der Höhe des Beitragssatzes in der Rentenversicherung sowie der durchschnittlichen Abgabenbelastung der Versicherten allgemein festgelegt werden. Dies hat Konsequenzen für die Rentenhöhe und das verteilungspolitisch angestrebte Rentenniveau. Der Steigerungssatz bezieht sich auf die Zugangsrente (also bei erstmaliger Rentenberechnung). Im Vergleich dazu sollen die Bestandsrenten (Renten, die in früheren Jahren erstmals festgesetzt wurden) jährlich angepaßt werden, wobei zur Ermittlung dieser Änderungsrate neben dem durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelt (wie bisher) nun auch die durchschnittliche steuerliche Belastung der Versicherten und die Arbeitnehmeranteile an den Sozialversicherungsbeiträgen berücksichtigen sollen. Das heißt also nichts anderes, als daß eine Anpassung der Renten nach Maßgabe des Anstiegs der Nettolöhne erfolgen soll (was üblicherweise als Nettoanpassung bezeichnet wird).

Wenn dies aber der Fall sein soll — also eine nettolohnorientierte Rentenanpassung —, dann stellt sich für mich aber die Frage, warum bei der Zugangsrente überhaupt alljährlich eine Neufestlegung des Steigerungssatzes erfolgen soll. Denn dies wäre dann nicht notwendig, wenn man die sog. allgemeine Bemessungsgrundlage (der Maßstab für die Rentenanpassung ist, da in der Regel ihre Änderungsrate gleich dem Rentenanpassungssatz ist) auch in der Formel für die Erstfestsetzung der Renten verwendet.¹

Gerade die alljährliche Neufestlegung des Steigerungssatzes würde doch die Gefahr in sich bergen, daß die Rentenformel eher diskretionären politischen Entscheidungen ausgeliefert ist als wenn eine feste Formel sowohl für die Anpassung als auch für die Erstberechnung — über eine entsprechende Festsetzung der allgemeinen Bemessungsgrundlage — gewählt würde. Die Autoren betonen ja gerade — was aus der Sicht des Rezensenten voll geteilt wird — die Bedeutung einer festen Rentenformel, einer Regelbindung.

¹ Das Grundkonzept dieser Modifikation der Rentenformel wurde auch vorgestellt in *N. Berthold* und *U. Roppel*, Gesetzliche Rentenversicherung und demographische Schwankungen, in: *Wirtschaftsdienst*, 63. Jg. 1983, 297 - 305. Kritisch dazu *W. Schmähl*, Anpassung der gesetzlichen Rentenversicherung an demographische Veränderungen, in: *Wirtschaftsdienst*, 63. Jg. 1983, 515 - 518.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, mit welcher Berechtigung eine an der Nettolohnentwicklung orientierte Rentenanpassung als „modifizierte brutto-lohnbezogene Anpassung“ bezeichnet wird, da doch gerade in erheblichem Maße und bewußt vom Bruttolohn als Maßstab für die Rentenanpassung abgewichen wird. Die Autoren halten ihren Vorschlag, der im Prinzip in der Literatur als Nettoanpassung schon lange bekannt ist und kontrovers diskutiert wird (ohne daß dabei bisher aber der „Umweg“ über Variationen des Steigerungssatzes bei der Erstfestsetzung der Renten in Erwägung gezogen wurde) einer anderen Konzeption überlegen, bei der nur Änderungen des Rentenversicherungsbeitrags neben der Bruttolohnzuwachsrate im Zusammenhang mit der Anpassungsentscheidung berücksichtigt werden, allerdings verknüpft mit einer Neuregelung der Besteuerung von Alterseinkünften.²

Weitere Fragen stellen sich im Zusammenhang mit der Ausgestaltung des zentralen Vorschlags der Autoren: In die Formel für die Berechnung des „adäquaten“ Steigerungssatzes, der den verteilungspolitischen Zielsetzungen entspricht, wird eine „demographische“ Komponente einbezogen, der Rentnerquotient (Verhältnis von Zahl der Rentenbezieher zur Zahl der versicherten Beitragszahler). Allerdings — wie an späterer Stelle von den Autoren dargelegt wird — soll dies nicht generell der Rentnerquotient sein, sondern nur der Teil, der der Versichertengemeinschaft „anzulasten“ ist. So wären beispielsweise freiwillige Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit oder durch „meritorische Entscheidungen des Staates“ auftretende Veränderungen des Rentnerquotienten (Ausgestaltung und folglich Inanspruchnahme flexibler Altersgrenzen) nicht mit zu berücksichtigen, so daß „... nur die demographisch bedingten Lasten berücksichtigt (werden), die von der Versicherten-gemeinschaft zu tragen sind“ (S. 131). Abgesehen von den statistischen Problemen der Isolierung der angesprochenen Faktoren wird nicht klar, wie eine solche Korrektur auch im Zusammenhang mit der Formel für die Ermittlung des Rentenanpassungssatzes vorgenommen werden soll.

Darüber hinaus hätte sich der Rezensent gewünscht, daß die Konsequenzen der vorgeschlagenen Modifikationen von Rentenberechnung und Rentenanpassung zahlenmäßig, vor allem im Hinblick auf die einkommensmäßigen Konsequenzen, untersucht worden wären.

Dieser Verzicht auf empirische Untersuchungen betrifft aber auch andere Fragenbereiche. So hätte aus meiner Sicht ein wichtiger Beitrag zur Analyse der verteilungspolitisch relevanten Wirkungen des Rentenversicherungssystems geleistet werden können, wenn neben der — allerdings sehr klaren und systematischen — qualitativen Darlegung verschiedener Umverteilungseffekte, Versuche zu ihrer empirischen Ermittlung unternommen worden wären. Gleiches gilt für konjunkturpolitisch relevante Effekte der Ausgestaltung der Rentenformel, wie sie im letzten Teil der Arbeit behandelt werden. Denn gerade im Empirischen bestehen m. E. besonders gravierende Lücken unseres Wissens.

² Siehe hierzu *W. Schmähl*, Ein beitragsatzorientiertes Anpassungsverfahren als Mittel des Belastungsausgleichs zwischen Erwerbstätigen und Rentnern in der gesetzlichen Rentenversicherung — Modifizierte Brutto- und Nettoanpassung, Terminologisches und Inhaltliches —, in: Deutsche Rentenversicherung, 1981, 377 - 388 sowie *ders.*, Überlegungen zur Veränderung des Anpassungsverfahrens für Renten in der Bundesrepublik Deutschland. Von der bruttolohn- zur nettolohnbezogenen Anpassung?, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 104. Jg. (1984), S. 269 - 306.

Hilfreich für den Leser wäre es sicherlich gewesen, hätten die Autoren die verschiedenen Bausteine ihrer Analyse zum Abschluß zusammengefaßt, wodurch auch die Verknüpfung der verschiedenen Elemente deutlicher hervorgetreten wäre.

Unbeschadet der inhaltlichen Fragen und Wünsche stellt diese Arbeit aus meiner Sicht eine wohlfundierte Untersuchung dar, in der versucht wird, Änderungsvorstellungen in einen breiteren Rahmen zu stellen. Zugleich wird für viele zentrale Fragen der Ausgestaltung des Rentenversicherungssystems in der Bundesrepublik ein guter Überblick über den Stand des bisherigen Wissens geliefert. So besitzt die von Berthold und Külp vorgelegte Arbeit in vielen Teilen Grundlagencharakter, so insbesondere im Zusammenhang mit der Analyse von Abweichungen des Rentenversicherungssystems von versicherungsmäßigen Vorstellungen und dem Aufzeigen von Möglichkeiten, wie eine andere Ausgestaltung den Versicherungscharakter des Rentenversicherungssystems stärken könnte (einschließlich des Abwägens der Realisierungschancen solcher Veränderungen).

Angesichts der schon eingangs erwähnten wirtschafts- und sozialpolitischen Bedeutung der Thematik und der andauernden Suche nach politisch akzeptablen Lösungswegen wird diese Arbeit sicher berechtigtes Interesse finden.

W. Schmähl, Berlin

Boehnke, Klaus: Der Einfluß verschiedener Stichprobencharakteristika auf die Effizienz der parametrischen und nichtparametrischen Varianzanalyse. (Medizinische Informatik und Statistik, Band 42.) Springer-Verlag, Berlin - Heidelberg - New York - Tokyo 1983. 173 S. DM 34,—.

Eine Entscheidung zwischen der Anwendung eines parametrischen oder nichtparametrischen Auswertungsverfahrens muß der Anwender statistischer Methoden in vielen Situationen treffen. In gängigen Lehrbüchern findet man nur sehr selten und nur für wenige Anwendungsbereiche Hinweise darauf, welches der zur Verfügung stehenden Verfahren in bestimmten Situationen vorzuziehen ist. Weitergehende Arbeiten existieren zwar, sind aber in den verschiedensten wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht und häufig nur nach aufwendigen Literaturrecherchen auffindig zu machen.

Das vorliegende Buch befaßt sich mit einem bestimmten Teilbereich der o. g. Problematik, der Auswahl eines Testverfahrens bei der einfaktoriellem Varianzanalyse. Sein Ziel ist es, dem Anwender varianzanalytischer Methoden ein Schema zur Auswahl zwischen parametrischen und nichtparametrischen Testverfahren an die Hand zu geben.

In einem einführenden Kapitel werden die Begriffe ‚Meßniveau‘ und ‚Skalendignität‘ diskutiert, woran sich eine Definition der Bezeichnungen ‚parametrisch‘ und ‚nichtparametrisch‘ anschließt. Danach werden die bekannten Konzepte zur Bewertung der Güte eines Tests, wie ‚Power‘, ‚Konsistenz‘, ‚Unverzerrtheit‘ und ‚Effizienz‘ vorgestellt.

Das 2. Kapitel befaßt sich mit der einfaktoriellem Varianzanalyse und insbesondere mit den zugehörigen parametrischen und nichtparametrischen Testverfahren (F-Test und Kruskal-Wallis-H-Test resp).

Den eigentlichen Gütevergleich zwischen F-Test und Kruskal-Wallis-H-Test findet der Leser im 3. Kapitel. Dieser Vergleich wird mit Hilfe einer Monte-

Carlo-Studie durchgeführt, in der das Verhalten der Testverfahren bei den möglichen Abweichungen von zugrundeliegenden Modellannahmen untersucht wird. Folgerungen aus den Ergebnissen schließen sich den Teiluntersuchungen an. Am Ende des Kapitels werden die numerischen Ergebnisse in Form von übersichtlichen Tabellen zusammengefaßt und in einem Ergebniskatalog verbalisiert.

Im 4. Kapitel wendet sich der Autor seinem eigentlichen Ziel zu, der ‚Erstellung eines Schemas zur Auswahl des besten Tests bei Mehrstichproben-Mittelwertsvergleichen‘. Ausgehend von den Ergebnissen der Simulationsstudie und bereits vorliegenden Erkenntnissen aus der Literatur wird dieser Katalog in einer sehr kurzen und übersichtlichen Form vorgestellt (S. 123 ff.). Anhand einiger Beispiele wird seine Anwendbarkeit in praxisnahen Situationen dargestellt.

Hinweise auf weitere Forschungsmöglichkeiten und eine Zusammenfassung schließen die Arbeit ab.

Alles in allem liefert die Arbeit eine wertvolle Hilfestellung bei der Methodenauswahl innerhalb der schließenden Statistik. Da sie jedoch nur den in der Praxis relativ selten auftretenden Fall der „einfaktoriellen Varianzanalyse bei unabhängigen Stichproben“ behandelt, wäre eine Ausweitung des Konzeptes auf allgemeinere Situationen wünschenswert.

W. Holtbrügge, Heidelberg

Hardinghaus, Herbert und Raimund *Mildner*: Verbraucherbeteiligung. Konsumfreiheit und Konsumentenmacht. Rohrberg Verlag, Hamburg 1983. 251 S. Brosch. DM 36,—.

Verbraucherpolitik hat — was öffentliches Interesse und sozial engagierte wissenschaftliche Behandlung betrifft — nach den stürmischen Anfängen zu Beginn der 60er Jahre bekanntlich auch ihre zweite „Blütezeit“ längst hinter sich. Dies waren die späten 60er und frühen 70er Jahre, als kaum eine der wichtigen gesellschaftlich relevanten Gruppen in dem Bemühen um verbraucherpolitische Profilierung zurückstehen mochte und sich praktisch auch an jeder Hochschule eine vergleichsweise große Zahl von Wissenschaftlern mit spezifischen Problemen des Verbrauchers und der Verbraucherpolitik beschäftigte und so manche Skizze für eine bessere Welt entworfen wurde. Inzwischen haben sich die Prioritäten gewandelt, wird die Lösung anderer Probleme als vordringlich empfunden und sind — auch im Bereich der Wissenschaft — neue modische Strömungen aktuell, doch erscheinen im Nachgang zur erwähnten Phase engagierter verbraucherpolitischer Diskussion von Jahr zu Jahr noch immer eine Reihe von Arbeiten mit den „klassischen“ Themen jener Zeit.

Zu dieser Kategorie — und das ist keineswegs abwertend gemeint — gehört sicher auch die vorliegende Schrift, die einer Variante des altvertrauten verbraucherpolitischen Themas ‚Organisationsfähigkeit und Durchsetzungsmöglichkeit von Konsumenteninteressen‘ gewidmet ist, nämlich dem Problem der Organisierbarkeit einer „effektiven“ Verbraucherpolitik.

Ausgangspunkt bildet die Frage, inwieweit der Verbraucher nicht nur „Betroffener“ wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entscheidungen, sondern auch „Beteiligter“ an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen ist, deren

Folgen er letztlich tragen muß, und ob diese Beteiligung geeignet ist, seine Interessen hinreichend gegenüber konkurrierenden durchzusetzen. Daß die Antwort zu letzterem nicht anders als „Nein“ lauten kann, daran lassen die Verfasser allerdings erst gar keine Zweifel aufkommen. Denn, wie es einleitend gleich weiter heißt, soll „über die Diskussion wirtschaftstheoretischer und ... ordnungspolitischer Grundsätze, der Kritik gegenwärtig praktizierter Verbraucherpolitik ... sowie die Analysen verschiedener Ansätze, Bedingungen und Voraussetzungen der ‚Beteiligung von Betroffenen‘ ... herausgearbeitet werden, wie der ‚Verbraucherpolitik‘ im Spannungsfeld zwischen Konsumfreiheit und Konsumentenmacht jene Stellung erwachsen kann, die dem ‚Verbraucher‘ schon heute zukommt (gemeint ist wohl: die ihm in manchen Proklamationen zugesprochenen wird; d. V.); und die ihn dann in der Tat zum Dreh- und Angelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung werden läßt, wenn eine aktive und effektive ‚Verbraucherbeteiligung‘ in den verbraucherrelevanten Entscheidungsprozessen in Wirtschaft und Gesellschaft realisiert wird“ (S. 5).

Damit ist im wesentlichen auch Inhalt und Aufbau der Arbeit schon skizziert. Was jedoch die Verfasser motiviert hat, dieses Buch zu schreiben, an wen es sich wendet und welchen vergleichbaren Stellenwert die aufgeworfenen Probleme und versprochenen Analysen und Gestaltungsvorschläge haben, darüber erfährt der Leser nichts, und man fragt sich das auch noch, nachdem man die restlichen 225 Seiten gelesen hat. Viel Duldsamkeit und Beharrlichkeit ist dazu erforderlich! Denn die Ausführungen sind über weite Strecken ein Ärgernis. Ein Laie kann mit ihnen kaum etwas anfangen und der Insider kommt aus dem Kopfschütteln nicht heraus. Am Untersuchungsgegenstand liegt das nicht, denn dieser hat im Laufe der Zeit eine recht umfangreiche und differenzierte Bearbeitung erfahren, so daß genügend Stoff zur Diskussion und genügend Anregung zur Entwicklung konstruktiver Vorschläge vorhanden ist. Es liegt auch nicht an den gewählten Themen der fünf Kapitel des Hauptteils, die Interessantes erwarten lassen, ganz gleich, ob es um die grundlegenden Elemente bestehender und einer neu zu formulierenden Verbraucherpolitik (Kap. 2), um die kritische Bestandsaufnahme existierender Verbraucherorganisationen und ihres Handlungsprogramms (Kap. 3), um eine (nochmalige) normativ-theoretische Grundlegung im Gefolge einer Analyse der Stellung des Verbrauchers als Betroffener und Beteiligter von Konsumententscheidungen (Kap. 4) und als Teilnehmer der Systemebenen Wirtschaft und Staat (Kap. 5) oder schließlich um Aspekte der Realisierung einer neu konzipierten Verbraucherinteressenvertretung (Kap. 6) geht, die aber mit Ausnahme des dritten Kapitels nicht halten, was sie versprechen.

Seine Ursache hat dies darin, daß die Verfasser Angelesenes nur zusammengeschrieben haben, ohne eine eigene Linie und — von Kap. 3 abgesehen — über weite Strecken einen eigenen Sprachstil zu finden. Sie lassen sich vom Denk- und Argumentationsschema der herangezogenen Autoren vereinnahmen, und das wechselt dann munter von Absatz zu Absatz, verselbständigt sich gelegentlich auch zu längeren Ausflügen ins Abstrakte, die den Bezug zum Thema nur mehr ahnen lassen, so daß man Mühe hat, einen „roten Faden“ zu halten und den Problembezug zu finden. Was als Quintessenz daraus schließlich zusammengesetzt wird, ist ein Konvolut offensichtlich mehr aus Sympathie, denn aus Einsicht übernommener Meinungen und Vorurteile, garniert mit eigenen Interpretationen, in denen sich die Verfasser der als Beleg benutzten Quellen dann meist nicht mehr wiedererken-

nen würden. Und wirr bleibt es auch dort, wo die Autoren sich selbst als Experten ausweisen (Mildner als Spezialist für Kosten-Nutzen-Analysen). Sie richten auch hier — wie z. B. mit dem Begriff der externen Effekte (S. 96) — nur Konfusion an. So ist man dann auf die Schlußfolgerungen für eine „neue“ Verbraucherpolitik „gespannt“, und es tritt ein, was zu vermuten war. Neues wird nicht geboten, weder an Konzeption, noch an Handlungsanweisungen und an Reflexion über Durchsetzbarkeit überhaupt nichts. Es bleibt beim ‚Sollen‘, ‚Müssen‘, ‚Könnten‘, ohne daß die Verfasser sich sonderlich um Konkretisierung und eine auch nur ansatzweise Orientierung an dem Kant zugeschriebenen Diktum „Sollen impliziert Können“ und anderen „Brückenprinzipien“ bemühen, durch die zwischen Erkenntnissen und Wertungen vermittelt werden kann und in gewissem Sinne auch eine rationale Diskussion von Werturteilen möglich wird. So bietet das Buch nur erkenntnislosen Normativismus, liefert keine neuen Einsichten, ist keine Streitschrift, kein persönliches Bekenntnis und taugt wegen seiner Unausgewogen- und Verworrenheit schon gar nicht als Lehrbuch. Es ist von Umfang und äußerem Erscheinungsbild her gesehen ein Buch — weiter nichts, und gehört als solches nur in Literaturmuseen, deren Aufgabe es ist, sämtliche Druck- erzeugnisse zu sammeln.

G. Schöppe, Frankfurt a. M.

Henn, R., Kall, P., König, H., Korte, B., Kraft, O., Neumann, K., Oettli, W., Ritter, K., Rosenmüller, J., Schmitz, N., Schubert, H., Vogel, W. (Ed.): Methods of Operations Research, Band 47. Athenäum Verlag, Königstein/Ts. 1983. 122 S Kart. DM 38,—.

Dieser Band ist eigentlich Wilhelm Krelle zum Anlaß seines 65sten Geburtstages gewidmet. Gleich der erste Beitrag in diesem Band ist dem Jubilar gewidmet (E. *Helmstädter*, R. *Henn*: „Wilhelm Krelle 65 Jahre“). Es ist eine Würdigung des Lebens und der Arbeit von Wilhelm Krelle, in der die Einzelstationen seiner Tätigkeit mit seinen dortigen Tätigkeitsfeldern aufgeführt und wichtigste Arbeiten und Publikationen erwähnt werden. Der letzte Satz dieses Artikels nämlich „... daß er als der derzeit bedeutendste theoretische Nationalökonom im deutschsprachigen Raum angesehen werden muß“, ist nur mit Nachdruck hervorzuheben.

Die anderen Beiträge beschäftigen sich mit fachspezifischen Fragen, die aus dem Bereich der Ökonometrie, Stochastischer Optimierung und Versicherungswesen stammen. So etwa: H. *Cremer*, W. *Fieger*: „Gleichmäßig beste Schätzfunktionen und Normalverteilungsannahme im linearen Modell bei konvexen Schadensfunktionen“ beschäftigen sich mit der Frage des Weglassens der Voraussetzung, daß Y normal verteilt ist. Der nächste Beitrag von B. *Elpelt* und J. *Hartung* „Mixed Exterior-Interior Penalty Methods Revisited“ paßt nicht so ganz in den Teil, der aus dem Bereich der Ökonometrie stammt, herein, denn es wird eine Vertiefung eines Strafkostenverfahrens zur Lösung nichtlinearer konvexer Minimierungsaufgaben vorgeschlagen. In „A Locally Most Powerful Test for Outliers in Samples from the Exponential Distribution“ benutzen U. *Gather* und M. *Helmers* das von Ferguson (1961) eingeführte Modell. H. W. *Gothinger* betrachtet in „Decentralization of Stochastic Dynamic Economic Systems“ eigentlich Probleme der stochastischen Kontroll-Theorie und führt eine breitere Definition einer Information ein. In „A Note on the Probability of an Order Relation between the Sample Means Taken from Three Normal Populations“ leitet W. *Kolbe*

eine Wahrscheinlichkeitsformel her. Im Zusammenhang mit autoregressiven Fehlern erster Ordnung beschäftigt sich W. Krämer in „The Relative Efficiency of the First Difference Estimator in Linear Models with Highly Correlated Errors“ mit Schätzern linearer Regressionsmodelle. Die drei folgenden Arbeiten von R. Pelzäus gehören zu dem Bereich der stochastischen Optimierung. In seinem ersten Beitrag „Korrespondenz und Wahrscheinlichkeitsrestriktionen beim stochastischen linearen Optimieren“ beschäftigt sich der Autor mit dem speziellen stochastischen linearen Optimierungsproblem mit Wahrscheinlichkeitsrestriktionen. Auch dem 2. und 3. Beitrag „Der Rand des zulässigen Bereichs beim stochastischen linearen Optimieren mit Wahrscheinlichkeitsrestriktionen“ und „Konvexitätsaussagen beim stochastischen linearen Programmieren — Zwei Beispiele zur Berechnung α -extremaler Punkte“ liegt das gleiche Modell zugrunde, wobei sich die Aufmerksamkeit auf die sogenannten α -extremalen Punkte konzentriert. Im Artikel „On the Multidimensional Assignment Problem“ schlägt L. Rüschemdorf nach einer theoretischen Analyse ein approximatives Verfahren vor. Im letzten Beitrag „Nonlinear Acceleration Functions in Life Testing“ beschäftigt sich R. Viertel mit Beschleunigungsfunktionen vom Typ $a(t) = \alpha \cdot t^\beta$.

Der 47. Band der Reihe „Methods of Operations Research“ hat ein übliches hohes Niveau, das von Herrn Prof. Dr. Georg Bol sehr sorgfältig vorbereitet worden ist.

Dem Verlag muß leider vorgeworfen werden, daß man in diesem Band weder den direkten Herausgeber, noch die Gelegenheit, zu der der Band herausgegeben worden ist, finden kann.

T. Gal, Hagen

Stäglin, Reiner (Hrsg.): International Use of Input-Output Analysis. (Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Heft 19.) Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1982. 286 S. Kart. DM 72,—.

Im Mai 1982 fand eine bemerkenswerte Tagung zum Thema „International Use of Input-Output Analysis“ in Dortmund statt. Es war die erste internationale Tagung des Ausschusses „Empirische Wirtschaftsforschung und Angewandte Ökonometrie“ (Leitung: Prof. Dr. Joachim Frohn) der Deutschen Statistischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Eröffnet wurde die Tagung mit einem Referat eines glänzend aufgelegten Nobelpreisträgers der Wirtschaftswissenschaften. Es war Wassily Leontief, der Begründer der Input-Output-Analyse.

Die Tagung wurde von Prof. Dr. Reiner *Stäglin* (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Freie Universität Berlin) organisiert, der auch den Tagungsband herausgibt. Dieser Band enthält alle Tagungsbeiträge. Eingeladen waren bekannte Experten aus den Vereinigten Staaten, aus Westeuropa und aus Osteuropa, die über die empirischen Anwendungen der Input-Output-Analyse in ihren Ländern berichteten.

Ehe die Einzelbeiträge vorgestellt werden, kann bereits ein Gesamturteil gefällt werden. Dieses neueste Buch zur Input-Output-Analyse ist nicht nur für Kenner der Input-Output-Analyse lesenswert, sondern auch für alle, die Interesse an Ergebnissen der empirischen Strukturforchung haben. Die Beiträge aus aller Welt beweisen, daß die Input-Output-Analyse sich nach wie vor im Bereich der empirischen Wirtschaftsforschung einer breiten Anwen-

derung erfreut und die Vitalität dieses Forschungsgebietes — entgegen mancher Voraussage — ungebrochen ist.

Die folgende Aufstellung der Beiträge zeugt davon, daß das Spektrum der empirischen Anwendungen der Input-Output-Analyse breiter denn je ist:

1. Wassily *Leontief* (University of New York): The International Use of Input-Output-Analysis
2. Alain *Chantraine*, Marco *Pecci-Boriani*, Andre *Persenaire* (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg): The Application of Input-Output Analysis for Structural Comparisons in the E. C. Countries.
3. Andor *Csepinszky* (Hungarian Central Statistical Office, Budapest): The Use of Input-Output Techniques in Hungary
4. Magali *Demotes-Mainard* and Herve *Passeron* (Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, Paris): Input-Output Tables in Econometric Models for French Planning
5. Bernd *Meyer* (Institut für Industriegewirtschaftliche Forschung, Universität Münster): Structural Policy with Econometric Input-Output Models?
6. Olav *Bjerkolt* (Central Bureau of Statistics, Oslo): Experiences in Using Input-Output Techniques for Price Calculations
7. Karen R. *Polenske* (Massachusetts Institute of Technology, Cambridge): Constructing and Implementing Multiregional Models for the Study of Distributional Impacts
8. Wim *Hafkamp* and Peter *Nijkamp* (University of Amsterdam and Free University, Amsterdam): Input-Output Analysis in an Integrated Spatial Economic-Environmental System
9. Victor *Bulmer-Thomas* (University of London): Application of Input-Output Analysis for Less Developed Countries (LDCs)
10. Gerhard *Fink* (Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien): International Comparisons with Input-Output Methods
11. Ronald E. *Kutscher* (U.S. Department of Labor, Washington D.C.): Employment Projections in the U.S. Economy Using Input-Output Techniques

Aus theoretischer Sicht sind die Beiträge von Leontief und Meyer hervorzuheben:

Leontief diskutiert einige grundlegende Probleme der Wirtschaftsforschung. Er beklagt die Tendenz, komplizierte und zugleich hochgradig aggregierte Modelle zu entwickeln, denen eine vollkommen unzulängliche Datenbasis gegenübersteht. Am Beispiel der Trans-Log-Produktionsfunktion verdeutlicht er, daß der Praxisbezug derart allgemeiner Konstrukte fehlt. Einen Manager eines Stahlwerkes nach den Parametern dieser Funktion zu befragen, hat wenig Sinn. Dagegen kann eine konkrete Auskunft über die Einsatzmengen an Eisenerz, Kohle, Arbeit und Maschinen einschließlich ihrer Preise erwartet werden. Leontief folgert aus dieser Beobachtung, daß die Erforschung der strukturellen und technischen Veränderungen sich auf Systeme sektoral hinreichend disaggregierter Inputkoeffizienten und nicht auf immer anspruchsvollere, aber auch zunehmend allgemeiner formulierte makroökonomische Produktionsfunktionen (Cobb-Douglas-, CES-, Trans-Log-Produktionsfunktionen) stützen muß.

Vielversprechender ist eine weitere Differenzierung der Datenbasis, die es ermöglicht, gezielt andere Statistiken mit Mengencharakter (Energie, Umwelt, Demographie) in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu integrieren. Gemischte Systeme von Mengen und Werten werden innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Zukunft große Bedeutung gewinnen. Andererseits zeigt die Entwicklung der Finanzierungsrechnung mit ihrer disaggregierten Darstellung der Geld- und Kreditströme, daß die Instrumente der Input-Output-Analyse die monetäre Forschung auf eine breitere Grundlage stellen können.

Es ist wahrlich erfrischend den Beitrag von *Meyer* zu lesen. Er alleine lohnt die Anschaffung des Buches. Allenthalben wird eingestanden, daß die ökonometrischen Großmodelle Federn gelassen haben. Die Erwartungen, die in sie für die praktische Politikberatung gesetzt wurden, sind bis heute nicht eingelöst. Die Aussichten für ökonometrische Input-Output-Modelle als Instrument der Strukturpolitik sind in den Augen von *Meyer* auch nicht besser. Zwei Kritikpunkte betreffen die Datenbasis. In der Regel liegt für derartige Modelle keine Zeitreihe primär erhobener Input-Output-Tabellen vor. Die Lücke wird mit Hilfe statistisch-mathematischer Methoden (RAS, MODOP) geschlossen. Zudem sind die Deflationierungsprobleme von Input-Output-Tabellen bis heute nicht in befriedigender Weise gelöst. Aber nicht nur aus diesen Gründen wendet sich *Meyer* gegen die weitere Entwicklung von tief aggregierten Universalmodellen. In seinen Augen versprechen kleine Spezialmodelle weit mehr als ein Großmodell. Wünschenswert ist deshalb die Entwicklung voll integrierter Modelle mit preisabhängigen Inputkoeffizienten und endogenen Preisen, die in ihrem Aggregationsgrad auf eine bestimmte Fragestellung zugeschnitten sind.

Die restlichen Beiträge sind vor allen Dingen aus empirischer Sicht von Interesse. Ohne die Bedeutung der anderen Beiträge schmälern zu wollen, werden an dieser Stelle drei Beiträge vorgestellt, die die Breite der empirischen Anwendung dokumentieren.

Chantraine, Pecci-Boriani und *Persenaire* diskutieren in ihrem Beitrag Auswertungsmöglichkeiten der harmonisierten Input-Output-Tabellen, die im Auftrag der Europäischen Gemeinschaften von den Statistischen Ämtern der einzelnen Länder erstellt werden. Im ersten Teil ihres Beitrags stellen sie einen neuen Baustein der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vor, der für die Analyse von Energieproblemen entwickelt wurde. Es handelt sich um Input-Output-Tabellen der Energieströme. Neuartig an diesen Tabellen ist, daß die Energieströme in Mengen und Werten ausgewiesen werden und die Wirtschaftsaktivitäten in einer den Energieproblemen angemessenen Abgrenzung erfaßt werden. Diese Angaben ermöglichen es, den direkten und indirekten Energiegehalt von Gütern und Dienstleistungen zu berechnen.

Bei der Auswertung wählen die Autoren einen komplizierten Weg. Es ist unübersehbar, daß sie Behandlung derartiger Mischsysteme in der Input-Output-Analyse nicht ganz überblicken (z. B. Doppelzählungen, unterschiedliche Absatzpreise, indirekt importierte Energie). Es handelt sich aber schließlich um Neuland, das die Autoren betreten haben. Erfreulich ist das empirische Ergebnis lediglich für Frankreich. Es erweist sich, daß dort 1975 direkt und indirekt deutlich weniger Primärenergie verbraucht wird als in der Bundesrepublik Deutschland (+ 15 %) oder Italien (+ 26 %), um ein gegebenes Güterbündel (Endnachfrage der BRD) zu produzieren.

Im zweiten Teil dieses Beitrags wird ein klassischer Anwendungsfall der Input-Output-Analyse behandelt. Untersucht wird die Bedeutung des Außenhandels für die Partnerländer der Europäischen Gemeinschaften. Die Importverflechtung hat seit 1959 in allen Ländern deutlich zugenommen. Wenn wunderd es aber, daß kleinere Länder eine höhere Importverflechtung aufweisen?

Die Input-Output-Analyse hat in Ungarn eine lange Tradition. Seit mehr als zwei Jahrzehnten werden Input-Output-Tabellen erstellt und in breitem Umfang Input-Output-Techniken angewendet. Ohne Zweifel nimmt Ungarn in diesem Forschungsgebiet immer noch eine dominierende Stellung ein. *Csepinszky* behandelt in seinem Beitrag drei konventionelle Anwendungsfälle der Input-Output-Analyse: Produktivität, Endnachfrage und Preise. Es geht — wie könnte es bei einer Input-Output-Untersuchung anders sein — um die Berechnung des direkten und indirekten Arbeit-, Kapital- und Importbedarfs für die verschiedenen Güter und Dienstleistungen und die verschiedenen Komponenten der Endnachfrage (Konsum, Investition, Export) in den Jahren 1970–1979. Besonders interessant ist die Berechnung von Schattenpreisen, die tatsächlichen und ebenfalls fiktiven Schattenpreisen von Italien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland gegenübergestellt werden. Ein wichtiges, wenn auch wenig überraschendes Ergebnis ist, daß die Agrarpreise in Ungarn gemessen an ihren direkten und indirekten Kosten primärer Inputs zu niedrig sind.

Karen *Polenske* besitzt eine langjährige Erfahrung beim Aufbau von multiregionalen Input-Output-Tabellen für die Vereinigten Staaten von Amerika (z. B. MRIO 1963 mit 51 Regionen und 79 Sektoren und MRIO 1977 mit 51 Regionen und 120 Sektoren). Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften wäre gut beraten, ihre Erfahrungen zu nutzen und ein System multiregionaler Input-Output-Tabellen für die Mitgliedsländer in Auftrag zu geben. Die bisherige Verknüpfung der Input-Output-Tabellen für die Europäischen Gemeinschaften ist unvollkommen und beschränkt die Anwendungsmöglichkeiten für wirtschaftspolitische Zwecke erheblich.

J. Beutel, Riyadh/Saudi-Arabien

Koslowski, Peter, Philipp Kreuzer und Reinhard Löw (Hrsg.): Chancen und Grenzen des Sozialstaats. Staatstheorie — Politische Ökonomie — Politik. Band 4 der CIVITAS Resultate. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1983. IX, 265 S. Kt. DM 38,—.

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist diskutiert worden, was es bedeutet, daß sie sich in ihrem Grundgesetz als sozialer Staat deklariert hat. Ist das reine Programmatik, bloße Absichtserklärung ohne normative Geltung? Ist es eine Staatszielbestimmung, die Gesetzgebung und Regierung die Richtung ihres Handelns weist, ohne ihre Gestaltungsmöglichkeiten inhaltlich wesentlich zu begrenzen? Oder ist es verbindliche Norm, die zumindest bestimmte politische Handlungsalternativen ausschließt, sie vielleicht sogar als verfassungswidrig gerichtlich anfechtbar macht? Immerhin ist nach Art. 20 und 28 GG die Bundesrepublik ein Rechtsstaat, der föderalistisch, republikanisch, demokratisch und sozial ist, und diese Grundsätze sind selbst durch Verfassungsänderung nicht aufhebbar. Demnach ist doch wohl der Sozialstaat ebenso unantastbar und ebenso gegen alle Beeinträchtigungen zu schützen wie die Demokratie, die unter der Geltung des Grundgesetzes als eine wehrhafte apotrophiert wird.

Aber was undemokratisch ist, scheinen wir genauer zu wissen als was unsozial ist. Schon 1912 hatte Ludwig Bernhard ein Buch über „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“ geschrieben. Der Vorwurf, Sozialpolitik sei oft nur sozial gemeinte Politik, die aber unsoziale Wirkungen habe, ist also schon alt, und er wird vornehmlich dann wiederholt, wenn neue — oder als gelöst angesehene alte — soziale Probleme auftauchen, die dann von manchen Analytikern und Kritikern einer verfehlten, einer überzogenen Sozialpolitik zugeschrieben werden. In der jüngsten Diskussion ist dafür der Slogan von den beschäftigungshemmenden Maßnahmen besonders charakteristisch. Insofern können Erörterungen der verfassungsrechtlichen Verbindlichkeit des Sozialstaatspostulats das Nachdenken darüber, was sozial und was unsozial in diesem Staat ist, nicht ersetzen.

Der hier anzuzeigende Band gehört in solche Tradition der Diskussion von Grundsatzfragen sozialer Politik, nicht zu der Fülle der modischen Krisenliteratur, derer man allmählich überdrüssig wird, weil sie sich nur noch selbst repetiert. Nur 3 Artikel (Klaus-Dirk Henke: Die Lage der Krankenversicherung; Bernhard Külpe: Die Lage der Arbeitslosenversicherung; Winfried Schmähl: Ist die Rentenversicherung in ihrer dynamischen Form noch finanzierbar?) behandeln Finanzierungsfragen und auch diese weniger im Hinblick auf die aktuellen Schwierigkeiten, sondern unter strukturellen Aspekten dieser Leistungszweige. Die übrigen Artikel sind schon in ihrem Ansatz — auch wenn sie überwiegend auf die Kritik am hypertrophierten Sozialstaat Bezug nehmen — mehr oder weniger unabhängig von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Finanz-, Legitimations- und Akzeptanz-Krisen; sie behandeln vielmehr Fragen nach den gesellschaftlichen und politischen Funktionen, Bedingungen und Folgen von Sozialpolitik, wie sie sich in deren gesamter Geschichte — und schon in ihrer Vorgeschichte, z. B. in der Gründungsphase des Vereins für Socialpolitik — immer wieder gestellt, aber nie endgültig erledigt haben. Insofern kann man Koslowski zustimmen, wenn er im Vorwort schreibt: „Hypothetische sozialwissenschaftliche Forschung ist auf den politischen Entscheidungsträger ausgerichtet, von dem sie annimmt, daß er bereits weiß, was er eigentlich will, und von den Wissenschaften nur erfahren möchte, wie er dies am besten bewirken könne. In einem solchen Kontext werden umfassende Fragen nach der Vernünftigkeit des Rahmens, in dem gehandelt werden soll, selten gestellt. Eben dieser Rahmen staatlichen Handelns steht aber im vorliegenden Buch zur Diskussion. Es ist so konzipiert, daß bei dem Wenn-dann-Verständnis von Wissenschaft nicht stehengeblieben werden kann. Vielmehr wird die Frage „Chancen und Grenzen des Sozialstaats“ ernst genommen als Frage nach dem, was wir vernünftigerweise vom Staat erwarten können und welcher Staat, welches Ausmaß des Sozialstaats und welche „Mischung“ anderer Institutionen der Daseinsvorsorge ein für alle gutes und gelungenes Leben ermöglichen.“

Wenn diese Zielbeschreibung zustimmend zitiert wird, muß jedoch zugleich darauf hingewiesen werden, daß das Buch die Beiträge zu einem Symposium umfaßt, das von CIVITAS (Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Kunst e. V., München) im Oktober 1982 veranstaltet wurde. Es kann also nicht den Charakter eines Lehrbuchs oder Kompendiums haben, das *alle* wesentlichen Grundfragen sozialstaatlicher Politik abhandeln würde. Trotzdem kann man es gerade auch Studenten nachdrücklich empfehlen, da die einzelnen Beiträge in sich — wahrscheinlich auch gefördert durch ihre Kürze — sehr dicht und prägnant sind und daher klare Einführungen und Übersichten zum jeweils behandelten Problem geben. Begrifflich gehen die meisten Bei-

träge nicht von der sehr breit gefaßten Feststellung Grimms aus, daß „... der Sozialstaatsgrundsatz ... zusammen mit den Grundrechten den Staat zur Daseinsvorsorge und sozialer Gerechtigkeit verpflichtet“ (S. 59), sondern beschränken sich — wie zumeist auch die öffentliche Diskussion — auf den Sozialleistungsstaat.

Auf die einzelnen Beiträge kann nur in Art eines Inhaltsverzeichnisses hingewiesen werden, ohne sie gesondert zu würdigen. Peter *Koslowski* kommt in seinem „Versuch zu einer philosophischen Kritik des gegenwärtigen Sozialstaats“ zu dem Ergebnis, daß der Staat über die Grenzen seiner legitimen Wirksamkeit hinausgegangen ist und Funktionen an sich gezogen hat, die subsidiären Institutionen zugeordnet werden sollten (S. 21), „wenn er über den Zwang zur Mindestabsicherung hinausgeht ... und den Wunsch nach einer homogenen Verteilung des Einkommens über alle Lebensphasen ... gesetzlich durchsetzt“ (S. 12). Demgegenüber weist Dieter *Grimm* in seiner Betrachtung über „Die sozialgeschichtliche und verfassungsrechtliche Entwicklung zum Sozialstaat“ auf den „voraussetzungsvollen Charakter des Liberalismus“ hin: „Sind alle gleich frei und also zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse auf Verträge angewiesen, dann kann sich daraus ein gerechter Interessenausgleich nur ergeben, wenn der gleichen rechtlichen Freiheit auch ein annäherndes materielles Kräftegleichgewicht entspricht. Andernfalls ist Vertragsfreiheit gleichbedeutend mit dem Recht des Stärkeren“ (S. 45). „Der Wohlfahrtsstaat zwischen Evolution und Rationalität“ ist nach Niklas *Luhmann* dadurch charakterisiert, daß in ihm „alles Erreichte ... als Grundlage für ein „Mehr“ in gleicher Richtung (gilt), obwohl man weiß, daß dies nicht endlos weitergehen kann“ (S. 30), „daß sich Strukturänderungen aus einem unkoordinierten ... Zusammenspiel von Variationen, Selektionen und Restabilisierungen ergeben und daß die Ergebnisse weder planbar noch prognostizierbar sind“ (S. 31). Die Rationalität eines solchen Systems „wäre dann danach zu beurteilen, ob und wie weit (in welchen Zeithorizonten, in welcher Themenbreite, in welchem Grad von Komplexität) es in der Lage ist, im System zu reflektieren, daß es die Differenz von System und Umwelt zur Informationsgewinnung verwendet“ (S. 37). Hans F. *Zacher* unterscheidet in seinem Beitrag „Chancen und Grenzen des Sozialstaats — Rolle und Lage des Rechts“ zunächst zwischen internalisierenden Lösungen sozialer Probleme, „wenn gegebene Lebensordnungen wie die Organisation der Arbeit, das Wohnungswesen oder das Bildungswesen sozial korrigiert, durchsetzt, verändert werden“, und externalisierenden Lösungen, „wenn die soziale Korrektur aus diesem Zusammenhang gelöst, isoliert wird“ (S. 69), spricht dann von der Schwäche und zugleich Notwendigkeit der verfassungsrechtlichen Stützung des Sozialstaats, von der Expansion des Sozialrechts und des Begriffs des Sozialen und fordert schließlich die „Stetigkeit der Ordnung (S. 85) und eine „Re-Sozialisierung der Sozialpolitik“, weil sie „nicht alle Ziele, die als sozialstaatliche Ziele denkbar sind, gleichermaßen verfolgen kann“ (S. 86). Richard A. *Musgrave* äußert in seiner Untersuchung „Über den ‚richtigen‘ Umfang des öffentlichen Sektors und die Überexpansionshypothese“ die „Vermutung, auf die sich die Theorie der Demokratie stützt“ (S. 110), daß „der politische Prozeß, der auf einer demokratischen Wahlprozedur beruht, ... mit der Zeit einen Budgetumfang und eine Budgetzusammensetzung hervor(-bringt), die sich mehr oder weniger erfolgreich schließlich doch einem effizienten Ergebnis annähern“ (S. 109), und daß „die Klagen über exzessive Budgets“ mangels eines Theorems von distributiver Gerechtigkeit „nur die ganz persönlichen Abneigungen gegen eine egalisierende Politik widerspiegeln“ (S. 113). Demgegenüber meint Charles Beat *Blankart* in seinem Beitrag

„Warum wächst der Sozialstaat?“ daß gerade demokratische Willensbildungsprozesse durch Wettbewerb um Wählerstimmen und durch instabile Koalitionen „im Endeffekt weitgehend auf eine wechselseitige Umverteilung zwischen verschiedenen Interessengruppen hinauslaufen, bei der letztlich jeder an jeden über den Staat bezahlt“ (S. 155). James M. *Buchanan* leitet in seinem Beitrag über „Verschuldung, Demos und Wohlfahrtsstaat“ ab, daß die Kreditfinanzierung öffentlicher Konsumleistungen einschließlich Transfers zwangsläufig dazu führe, daß „an irgendeinem Punkt . . . die staatlichen Ausgaben für die Bereitstellung von Leistungen geringer ausfallen (müssen) als in der Periode, bevor die Staatsverschuldung vorgeschlagen wurde, und gleichzeitig müssen die Steuersätze höher sein“ (S. 123). Bruno S. *Frey* und Werner W. *Pommerehne* beschäftigen sich mit der Frage, inwieweit „Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit als Folgen des Sozialstaats“ gedeutet werden können. Henke resümiert zur Lage der Krankenversicherung: „Aus der Tatsache, daß derzeit kaum verlässliche Ergebnisse über eine optimale Verwendung der knappen Ressourcen im Gesundheitswesen vorliegen und dem Umstand, daß die erforderliche Wirkungsanalyse überaus schwierig ist und vielfältige methodische Probleme aufwirft, so daß mit entsprechenden Ergebnissen vorläufig nicht zu rechnen ist, ergibt sich eine allgemeine Ratlosigkeit über den richtigen Weg für die zukünftige Gesundheitspolitik“ (S. 167). *Külp* kontrastiert vor allem die These der keynesianischen Theorie, daß die Arbeitslosenversicherung durch Defizit- bzw. Überschußbildungen ein automatischer Beschäftigungsstabilisator sei, mit der der „Job-search-Theorie“, daß sie zu mehr Entlassungen und längerer Dauer der Arbeitsplatzsuche führe. *Schmähl* erläutert veränderte Rentenanpassungsverfahren, Rentenbesteuerung, Krankenversicherungsbeiträge der Rentner, Beitrags- und Steuererhöhungen sowie eine verlängerte Lebensarbeitszeit als kombiniertes Arsenal zur Bewältigung der Rentenfinanzierung angesichts der Verschiebungen der demographischen Strukturen in den nächsten Jahrzehnten. Robert *Hettlage* plädiert für „Genossenschaftsmodelle als Alternative“, nicht um den Sozialstaat abzuschaffen, sondern als „Entlastungs- und Korrekturstrategien“ (S. 211). Ähnliche Argumente trägt Joseph *Huber* in seinem Beitrag „Duale Sozialpolitik — Fremdversorgung und Eigenbeteiligung“ vor: „Es muß, zumal in Zeiten knapper Kassen, geradezu davor gewarnt werden, die großen zentralen Versorgungssysteme durch kleine Selbsthilfe- und Eigenbeteiligungsprojekte ersetzen zu wollen. Dies ist de facto unmöglich und wäre nur ein Vorwand zur Demontage des Sozialstaats. Einer dualistischen Sozialpolitik geht es nicht darum, von einem Extrem ins andere zu fallen. Sie sucht vielmehr jeweils angemessene Lösungen, die in der Regel durch eine Kombination intermediärer Mittel und Wege zustande kommen“ (S. 226). Der Band schließt ab mit Statements von Norbert *Blüm* und Hans-Jochen Vogel zu den längerfristigen sozialpolitischen Konzeptionen von CDU und SPD und mit Versuchen eines Resümees von Hermann *Krings*, Ernst-Wolfgang *Böckenförde*, Klaus *Hartmann* und Thilo *Sarrazin*.

D. Schäfer, Bamberg

Lärm, Thomas: Arbeitsmarkttheorie und Arbeitslosigkeit — Systematik und Kritik arbeitsmarkttheoretischer Ansätze. R. G. Fischer Verlag, Frankfurt a. M. 1982. 286 S. Pb. DM 28,—.

Vor dem Hintergrund der Fülle arbeitsmarkttheoretischer Publikationen in der angelsächsischen und deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen

Literatur erscheint die Ankündigung einer systematischen Aufarbeitung des Themas „Arbeitsmarkttheorie und Arbeitslosigkeit“ für das Fachpublikum willkommen. Darüber hinaus ist es auch wichtig, die einzelnen Spielarten arbeitsmarkttheoretischer Ansätze, die teilweise in hochformalisierter Darstellung (z. B. Kontrakttheorien) veröffentlicht worden sind, in einer surveyartigen Aufbereitung auch einem breiteren Leserkreis verständlich zu machen.

An dieser Stelle treten aber auch bereits einige Schwächen der vorgelegten Publikation an die Oberfläche. Dies betrifft vor allem die vollständige Abstinenz hinsichtlich formaler und graphischer Darstellungsweisen, wie sie in der theoretischen Literatur üblich sind. Zwar erscheint die Formalisierung in vielen theoretischen Analysen zeitweilig zu extensiv, aber in einer Reihe von thematisch ähnlichen Publikationen (z. B. Addison/Siebert 1979; Brinkmann 1981) sind derartige Vorgehensweisen äußerst hilfreich für das Verständnis theoretischer Zusammenhänge.

Ferner zeigen sich bei der Durchsicht der Arbeit von Th. Lärm einige Lücken in der Verarbeitung der arbeitsmarkttheoretischen Literatur bzw. teilweise zu knappe Ausführungen zu bestimmten Theorieansätzen, so daß der postulierte Anspruch einer systematischen Behandlung des Themas nicht gänzlich eingelöst werden kann. Anzuführen ist im einzelnen besonders die fast vollständige Ausblendung von Theorien des „Collective Bargaining“ und dessen Effekte auf die Lohnstruktur und den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wird Ansätzen zur „Job Regulation“ wenig Aufmerksamkeit geschenkt und kontrakttheoretische Überlegungen werden zu knapp dargestellt. Ferner wird ein gesamter Zweig der deutschen Arbeitsmarktforschung, die Flexibilitäts- und Mobilitätsforschung, fast gänzlich ausgeklammert, obwohl diese Richtung mit ihren Ergebnissen eine Art Gegenpol zu segmentations-theoretischen Betrachtungsweisen (vor allem zu den Versuchen des Nachweises von berufsfachlichen Teilarbeitsmärkten) darstellen dürfte.

Schließlich ist aber auch zu erwähnen, daß eine Reihe neuerer theoretischer Ansätze zur Erklärung der Arbeitsnachfrage in Form von produktionstheoretischen Modellen (z. B. CRESH- und Translog-Funktionen) nicht berücksichtigt werden, obwohl dort insbesondere wichtige Erkenntnisse hinsichtlich der Faktorsubstitution nicht nur zwischen Kapital und Arbeit, sondern nunmehr auch zwischen verschiedenen Arbeitsqualitäten und Kapitaleinsatz, gewonnen worden sind.

Einschränkend wirkt sich aber auch die empirische Abstinenz in der Arbeit aus, da vielfach darauf verzichtet wird, die empirische Überprüfung von theoretischen Hypothesen darzustellen. Dies betrifft z. B. den Komplex humankapitaltheoretischer Ansätze, da gerade für diesen Ansatz eine Fülle von empirischen Tests (in Form der Mincerschen „Earnings Functions“) durchgeführt worden ist. Aber auch in Hinblick auf die Existenz von Arbeitsmarktsegmenten sind bereits empirische Überprüfungen vorgenommen worden (z. B. Leigh 1978), wobei im allgemeinen gezeigt werden konnte, daß hinreichende intersektorale Mobilität am Arbeitsmarkt gegeben ist, d. h. Segmentations-tendenzen auf Dauer empirisch nicht bestätigt werden konnten, sondern eher Diskriminierungseffekte.

Positiv zu werten ist aber dennoch die verständliche Einführung in die Problematik und die gelungene Ausbreitung der theoretischen Grundlagen. Dies betrifft insbesondere die Darstellung des faktischen Ausmaßes der

Unterbeschäftigung und die Analyse der Meßprobleme von Arbeitslosigkeit (Kapitel 2). Lesenswert ist außerdem das 3. Kapitel, in dem eine Kategorisierung und Inventarisierung des Phänomens „Arbeitslosigkeit“ anhand der aktuellen Literatur vorgenommen wird. Als einführende Darstellung in die neoklassische Arbeitsmarkttheorie eignet sich ferner das 4. Kapitel, obwohl einerseits die Darstellung der Marktbedingungen noch stringenter hätte formuliert werden können und andererseits die Annahmen vollständig aufgeführt werden müssen (fehlende Angabe der Bedingung gerechtfertigter Präferenzen der Marktteilnehmer).

Im 5. Kapitel des Buches werden dann ausführlich segmentationstheoretische Ansätze zur Erklärung von Arbeitsmarktprozessen dargestellt. Ausgegangen wird von den Arbeiten von Kerr / Doeringer / Piore und anschließend wird vor allem die Richtung des ISF dem Leser vorgestellt. Dabei gelingt es dem Verfasser im wesentlichen, die Kritikpunkte anhand der Literatur zusammenzutragen und durch eigene kritische Beiträge zu ergänzen, obwohl die segmentationstheoretische Richtung einschließlich seiner inhärenten Annahmen bislang als geschlossenes Theoriegebäude nicht vorliegt. Dennoch bleibt auch diese Darstellung — wie bereits erwähnt — noch etwas unvollständig, da eine Reihe von weiterentwickelten segmentationstheoretischen Arbeiten der angelsächsischen Literatur (z. B. Osterman 1975, Beck et al. 1978) und die sich anschließenden Kontroversen (z. B. Hauser 1980) nicht aufgenommen worden sind.

In einer Gesamtwertung bleibt daher festzuhalten, daß die Arbeit zwar einen angemessenen Überblick über die arbeitsmarkttheoretischen Grundsätze vermittelt, wenngleich einige laxe Textformulierungen hätten vermieden werden sollen, aber es dem Leser für ein tiefergehendes Verständnis nicht erspart bleibt, zusätzliche Literaturen heranzuziehen.

G. Weißhuhn, Berlin

Schmid, Friedrich: Kleinste Quadrate-Schätzer in nichtlinearen Regressionsmodellen. Studien zur angewandten Wirtschaftsforschung und Statistik, Heft 14.) Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1983. VI, 129 S. Kart. DM 46,—.

Die vorliegende Schrift beschäftigt sich mit den in der statistischen und ökonometrischen Literatur nur leider am Rande behandelten nichtlinearen Regressionsmodellen. Ausgehend von der Kontroverse Keynes - Tinbergen über Sinn und Unsinn linearer Regressionsmodelle für die empirische Wirtschaftsforschung macht der Verfasser deutlich, daß

- relevante ökonometrische Funktionstypen häufig nicht linearisierbar sind (z. B. CES-Produktionsfunktion),
- künstlich linearisierbar angesetzte Zusammenhänge zu systematischen Verzerrungen führen können.

Obwohl der Kleinste-Quadrate (KQ)-Kalkül prinzipiell auch auf nicht-lineare Regressionsmodelle anwendbar ist, sind die optimalen Statistiken numerisch nur umständlich zu bestimmen, ihre finiten Eigenschaften liegen im Dunkeln und die Herleitung des asymptotischen Verhaltens erfordert einen aufwendigen mathematisch-statistischen Apparat. Mit Hilfe tiefliegender Resultate aus dem Bereich der Maß- und Wahrscheinlichkeitstheorie bis hin zur Theorie banachraumwertiger Zufallsvariabler und der Differential-

topologie wird hier die Schätz- und Testproblematik des nichtlinearen Regressionsmodells neu aufgerollt. Das KQ-Prinzip steht im Mittelpunkt, welches aufgrund seiner geringen Verteilungsannahmen, insbesondere hinsichtlich des Typs, zu sehr allgemeinen Aussagen führt. Die abhängige Variable ist mit den (zufälligen) Regressoren über eine nichtlineare Regressionsfunktion allgemeiner Gestalt und additiv angefügtem Störvektor verknüpft.

Angesichts des moderaten Stichprobenumfangs z. B. bei ökonomischen Modellen sind die in der Monografie hergeleiteten asymptotischen Ergebnisse leider nur von relativem Nutzen, ein Einwand, der sicherlich fast alle Methoden aus der Theorie der nichtlinearen Regressionsmodelle trifft.

Das anfänglich behandelte Identifikationsproblem ist wegen der Sprödhheit der Materie und der Allgemeinheit des verwendeten Modellbegriffs etwas abstrakt geraten und ist so zur Hemmschwelle für die Lektüre dieser Schrift geraten. Nach sehr sorgfältigem und intensivem Durcharbeiten dieser Passagen kommt der mathematisch-statistisch versierte Leser aber mit dem weiteren Text gut zurecht. Es folgen Aussagen über die Existenz von gewöhnlichen KQ- und gewichteten KQ-Schätzern („Minimum-Distance-Schätzer“), die im wesentlichen auf der Kompaktheit der Parametermenge und der Meßbarkeit bzw. Stetigkeit der auftretenden Variablen bzw. Funktionen beruhen. Bei dem Nachweis der starken Konsistenz von gewichteten und ungewichteten KQ-Schätzern muß auf eine relativ spitzfindige Mathematik zurückgegriffen werden (Pettis-Integral, starkes Gesetz der großen Zahlen für Banachraumwertige Zufallsvariablen von Mourier). Die erzielten Resultate stimmen allerdings dann wieder versöhnlich, vor allem im Hinblick auf die Verbesserungen der klassischen Herleitungen von Jennrich.

Nach der Herleitung der asymptotischen Normalität der KQ- und Varianzschätzer wendet sich der Verfasser kurz dem Problem der Linearisierung von Regressionsmodellen zu, die er aus Gründen der entstehenden Abbruchfehler und der Verfügbarkeit von Programmpaketen zur Bestimmung der Schätzer im nichtlinearen Modell ablehnt. Immerhin wird gezeigt, daß unter gewissen Voraussetzungen die KQ-Schätzung im nichtlinearen und im linearisierten Modell asymptotisch identisch verteilt sind. Bei der Frage der Effizienz, d. h. beim Vergleich der asymptotischen Kovarianzmatrizen von konkurrierenden Schätzern endet der „Zweikampf“ zwischen gewichteten und ungewichteten KQ-Schätzern aufgrund der möglichen unterschiedlichen Verteilungen des Störterms und des Umfangs der betrachteten Klasse aller stark konsistenten und asymptotisch normalverteilten Schätzerfolgen unentschieden.

Die abschließenden Untersuchungen über Tests, Konfidenzintervalle und Prognose machen den relativen Nutzen asymptotischer Eigenschaften besonders deutlich. Diese Verfahren werden nun einmal bei finitem Stichprobenumfang angewendet, und hier werden Hinweise schmerzlich vermißt, wann die Approximation durch den infiniten Grenzfall als akzeptabel angesehen werden kann (Simulationsstudien hätten sicherlich Rahmen und Umfang der Arbeit gesprengt).

Es ist zu bezweifeln, ob sich diese Forschungsmonografie einem breiteren Leserkreis erschließen wird. Dazu sind die Ergebnisse zu speziell und das mathematische Instrumentarium zu ausgefeilt. Nichtsdestoweniger sind derartige Untersuchungen von großer Bedeutung für die Theorie der Regressionsmodelle, und der Autor steuert in der Tat eine originelle Analyse bei. Als störend empfand der Rezensent die ständige Überbetonung der Relevanz

nichtlinearer Modelle gegenüber ihren linearen Konkurrenten, dies vor allem vor dem Hintergrund der auch hier nicht erforschten endlichen Eigenschaften. An der äußeren Form wären vielleicht die offenbar in letzter Minute handschriftlich eingefügten Verbesserungen und eine Anzahl von Druckfehlern zu beanstanden.

Insgesamt gesehen ist die Schrift ein wichtiger Beitrag zur Mathematischen Statistik, und man muß hoffen, daß sie die entsprechende Beachtung findet.

G. Trenkler, Dortmund

Gretschmann, Klaus: Steuerungsprobleme der Staatswirtschaft. (Schriften zum Genossenschaftswesen und zur öffentlichen Wirtschaft, hrsg. von W. W. Engelhardt und Th. Thiemeyer, Bd. 4.) Duncker & Humblot, Berlin 1981. 293 S. DM 90,—.

Es mag ungewöhnlich erscheinen, daß der Mitherausgeber einer wissenschaftlichen Reihe ein Werk bespricht, dessen Publikationen er selbst gefördert hat. Er hat sich mit der Mit-Herausgeberschaft zumindest insofern schon festgelegt, als er der Meinung sein muß, daß die Publikation in der wissenschaftlichen Diskussion zur Kenntnis genommen werden sollte. Die bisherige, sehr schnelle und positive Rezeption der Arbeit Gretschmanns hat diese Meinung bestätigt. Es handelt sich um eine markante, wegweisende Veröffentlichung zu dem so aktuellen Thema des „Dritten Sektors“ oder „Autonomen Sektors“. Es erübrigt sich, die Vorzüge und besonderen Verdienste der Gretschmannschen Arbeit aus der Sicht des Rezensenten ins richtige Licht zu rücken: Einer solchen Unterstützung bedarf die Publikation angesichts ihrer bereits offenkundigen breiten Wirkung nicht mehr. Wichtiger ist die Stellungnahme zu einigen der brisantesten Thesen Gretschmanns.

Gretschmanns Analyse ist einer der wichtigsten Beiträge zur neueren Theorie der Gemeinwirtschaft. Dabei liegt der Vorzug der Untersuchung Gretschmanns vor allem darin, daß er zunächst nicht aus dem theoretischen Bezugsrahmen der Gemeinwirtschaftslehre des deutschen Sprachraums heraus argumentiert (und damit schon von vornherein emotionale Verständnisbarrieren bei den Vertretern jener herrschenden ökonomischen Theorie aufbaut, die er attackiert), sondern er schöpft seine Argumente aus der internationalen Diskussion, und zwar aus allen sozialwissenschaftlichen Disziplinen.

Die zentralen Thesen der Untersuchung seien kurz zusammengefaßt: Im ersten Teil der Untersuchung attackiert Gretschmann zunächst die bisektorale Betrachtungsweise der herrschenden Ökonomie, d. h. die Beschränkung der theoretischen Diskussion (und des wirtschaftspolitischen Instrumentariums) auf die Alternative Staatliche Verwaltung—Markt. Gretschmann spricht vom „binären Schematismus“ als durchgängigem Muster ökonomischer Theoriebildung“ (S. 13) in der Gegenwart, aber auch der Vergangenheit: Selbst die wichtigsten Vertreter der finanzwirtschaftlichen Klassik, die von der modernen Theorie der Gemeinwirtschaft als Stammväter betrachtet werden, Adolph Wagner und Albert Schäffle, erscheinen in der Sicht Gretschmanns als „dem zweiwertigen Raster verhaftet“ (S. 82), und zumal Schäffle argumentiert — so Gretschmann — in „bi-sektoraler Manier“ (S. 79). Mit Keynes' Theorie habe „die bi-sektorale Ordnungssicht ihren vorläufigen Höhepunkt“ erlebt (S. 89). Diese Perspektive blende den „dritten, weder staatlich noch markt-

lich vermittelten Ordnungssektor, wie ihn die Formen der freien gemeinschaftlichen Genossenschaft und Selbsthilfeökonomie repräsentierten“ (S. 14) aus. Damit bleibe der herrschenden Ökonomie schon von ihrem methodischen Ansatz her der Blick auf einen Ausweg aus der gegenwärtigen Markt-, Staats- und Finanzkrise teilweise verschlossen: Der Blick auf den dritten, den autonomen Sektor.

Der zweite Teil der ersten Hälfte des Gretschmannschen Buches ist der Entwicklung (und dem Versuch eines Beweises) einer wirtschaftshistorischen Hypothese zur „Ontogenese des kapitalistischen Marktes“ gewidmet: der Hypothese nämlich, daß — entgegen bisher vorherrschender wirtschaftshistorischer Interpretation — die Freiheit des Marktes nicht vom aufstrebenden Bürgertum dem Staat abgetrotzt sei, sondern daß — Gretschmann stützt sich dabei auf die systemtheoretische Betrachtungsweise — der Staat selbst die „Marktsysteme zur staatlichen Handlungsentlastung ausdifferenziert habe“ (S. 108). Der Markt erscheint so als eine Leistung des vorkapitalistischen, staatlich geregelten Merkantilsystems (S. 117), als Form der Selbst-Stabilisierung durch ein historisch ausgegliedertes Hilffsystem (S. 25). Nach Gretschmann konstituiert diese Hypothese eine „paradigmatische Wende“ (S. 109), durch die die staatstheoretische Entwicklungslogik „vom Kopf auf die Füße gestellt“ werde (S. 123). Der Stellenwert dieser Ausdifferenzierungshypothese wird erst aus dem Gesamtzusammenhang klar: Stützung und Förderung des Dritten Sektors kann — nach Meinung Gretschmanns — in der Gegenwart als eine stabilitätsfördernde Selbst-Entlastungsstrategie des Staates erscheinen.

Die zweite Hälfte der Publikation widmet sich zunächst der „Ursachenanalyse der Staatsfinanzkrise“. Hier wird die breite Diskussion um die „Theorie des Staatsversagens“ aufgearbeitet. Er analysiert die bekannten Schwächen des Budgetierungsprozesses, diskutiert die Mängel der Bedarfsermittlung bei öffentlichen Gütern (wobei er die formalistischen „Ansätze“ der Präferenzermittlung, die nie über den „Ansatz“ hinauskommen, als irrelevant zurückweist) und erörtert die Schwierigkeiten der Effizienzmessung (die man nach Gretschmann nicht mit gutgläubigen Hinweisen auf die Möglichkeiten einer „richtigen“ Kostenrechnung abtun kann). Als externe Ursachen der Krise stellt Gretschmann die Anspruchsinflation dar, ferner die „anspruchserzeugende“ Selbst-Stabilisierungsstrategie des Wohlfahrtsstaates, der zwecks „Bestechung möglicher Widerstandspotentiale“ (S. 168) die Ausgaben steigert. Weiter werden die These vom „tertiären Kostendruck“ und die These von der Strukturkrise des Steuerstaates (Goldscheid, auch in neueren Varianten) zur Erklärung herangezogen.

Anschließend analysiert Gretschmann verschiedene „Krisenbearbeitungsmuster“, die die theoretische und tagespolitische Diskussion beherrschen (Rationalisierung des Angebots, Privatisierung und Etatisierung) und stellt dann den von ihm selbst befürworteten „alternativen Lösungsweg“ des „autonomen Sektors“ dar (S. 222 - 254).

Dieser autonome Sektor besteht aus „Selbsthilfeökonomie, Assoziationswirtschaft, Genossenschaftsbewegung, freien Genossenschaften u. v. m.“ die bisher „ein blinder Fleck der orthodoxen ökonomischen Weltsicht“ geblieben seien“ (S. 255). Der Finanz-Entlastungseffekt wird zwar an verschiedenen Stellen betont (S. 17, S. 244), aber — und dieser korrigierende Hinweis ist angesichts des Verlaufs der Diskussion um den „Dritten Sektor“ und der allgemeinen Begeisterung für „Selbsthilfe“ dringend erforderlich — der

Autonome Sektor dient „nicht nur fiskalischer Entlastung“ (S. 223), sondern auch der „Abhängigkeitsminderung des einzelnen vom wohlfahrtsstaatlichen Apparat“ und der „tendenziellen Aufhebung subjektiver Entfremdung“. Sowohl „das atomistische Tauschwertkalkül des Marktes“ als auch „die versorgungsbonapartistische Bürokratisierung von Dienstleistungen durch den Staat“ (S. 245) soll überwunden werden durch die „Selbstorganisation öffentlicher Aufgaben“. Diese Funktionsformen des autonomen Sektors seien „staatlicher und marktlicher Steuerung äquifunktional, wenn nicht sogar überlegen“ (S. 16).

Von zentraler Bedeutung ist es nun aber, „ein Regulations- bzw. Funktionsprinzip zu benennen, welches die marktverursachende Partikularität der Subjekte durch die Vermittlung von individueller Initiative und realer Gemeinwirtschaftlichkeit transzendiert“ (S. 240). Dabei erweist sich die „Solidarität“ als „wichtigstes systemspezifisches Steuerungsmedium“ (S. 241). Gretschmann belegt unter Bezug auf die einschlägige soziologische Literatur eingehend die Wirksamkeit eines solchen Solidaritätsprinzips nicht nur in kleinen Gruppen (was in der Literatur allgemein akzeptiert wird), sondern auch in größeren sozialen Gebilden, wobei für die Wirksamkeit des Prinzips in Großgebilden die vermittelnde Funktion der überschaubaren Einheiten wichtig ist. Die Erklärung von Kooperationsformen aus einem individualistischen ökonomischen Nutzen-Kosten-Kalkül wird von Gretschmann als unzulänglich abgelehnt. „Solidarität“ kann andere Steuerungsmedien ersetzen. „Zwang oder materielle Anreize sind bei solidarischer Werthaltung teilweise entbehrlich, ebenso wie sie umgekehrt um so wichtiger werden, je mehr es an Solidarität fehlt“ (S. 241). Zur Verdeutlichung des Autonomen Sektors zieht Gretschmann in breitem Umfang die genossenschaftswissenschaftliche Literatur heran. Er verweist auf Beispiele neuerer „alternativer“ Wirtschaftsformen und stellt als Modellfall das kanadische „Local Initiatives“ Programm dar.

Gretschmanns zentrale Thesen faszinieren und wecken gleichzeitig Unbehagen. Liefert sich Gretschmann — um mit dem Vorwurf der Bipolarität der ökonomischen Theorie zu beginnen — nicht selbst dem Denkstil der ökonomischen Theorie aus, den er attackiert? Richtig ist, daß die meinungsführende Ökonomie bis vor kurzem die Nicht-staatliche Gemeinwirtschaft ignoriert und (im Zuge der Verfeinerung des letztlich allzuständigen neoklassischen Instrumentariums) selbst den „Staat noch als Abbild des Marktes“ (in der Theorie der öffentlichen Güter) (S. 97) und schließlich das Kernstück eines autonomen Sektors, die Genossenschaften und genossenschaftsähnlichen Organisationen, die eigentlich den bi-sektoralen Rahmen sprengen, „vor dem Hintergrund des Kollektivgüteransatzes theoretisch selbst noch nach dem Muster des Marktes rekonstruiert“ hat (S. 236). Aber ist denn „die“ ökonomische Theorie deswegen bi-sektoral, weil die gegenwärtige meinungsführende Theorie bisektoral denkt? Gretschmann selbst weist auf die „zeitweise geschichtsmächtige Kraft“ der Assoziations- und Genossenschaftsökonomie im 19. Jh. hin. Auch diese historischen nicht-bipolaren Konzeptionen sind Dogmengeschichte, auch wenn man sie ignoriert. Der Vorwurf der Bisektoralität trifft einige Schulen, aber nicht „die“ ökonomische Theorie. Gehören Owen, Gide, Oppenheimer nicht zur ökonomischen Theorie? Auch Adolph Wagner und Albert Schäffle lassen sich — entgegen Gretschmann — nicht eindeutig in den „zwei-sektoralen“ Bezugsrahmen einfügen. Gretschmann räumt selbst ein, daß bei Wagner und Schäffle „ein dritter rudimentärer Sektor „karitativer“ und freigemeinwirtschaftlicher Ökonomie immerhin an-

gedeutet“ ist (S. 17). Unbestritten dominiert zwar in der Gemeinwirtschaftstheorie Wagners und Schäffles das Problem „Staat — Privatwirtschaft“, aber die Ausführungen zur nicht-staatlichen Gemeinwirtschaft der freien Assoziationen gehen bei beiden weit über bloße „Andeutungen“ hinaus. Kurz: Es gibt eine breite und theoretisch respektable Tradition der genossenschaftlichen und — in der Terminologie Adolph Wagners — „frei-gemeinwirtschaftlichen“ Theorie, die selbst dann dogmengeschichtlich gewichtig bleibt, wenn eine Generation von Theoretikern sie ignoriert

Für den Rezensenten interessanter ist die Frage nach dem Entwicklungsstand und Entwicklungsniveau der ökonomischen Theorie des autonomen Sektors. Gretschmann spricht vom autonomen Sektor der freien Genossenschaften und Selbsthilfeökonomie als von einer „theoretischen Grauzone“, in der es zwar „durchaus bedeutsame Elemente“, aber eben nur „Elemente eines Ordnungssektors“ gebe (S. 14). Das Prinzip der „Solidarität“ erschließt sich nur „vereinzelt Andeutungen zum autonomen Sektor“ (S. 241). Und schließlich: „Eine Theorie des autonomen Sektors muß Forschungsdesiderat bleiben.“ Es gebe keine „geschlossene Theorie des dritten Sektors, wie sie für den Markt existiert ...“ (S. 227). Was heißt hier „Geschlossenheit“? Man kann zwar gerade Gretschmann nicht unterstellen, daß er der Faszination immunisierter formaler Marktmodelle erliegt. Aber ist irgendeine Theorie, die sich als System aus plausiblen Hypothesen versteht, je „geschlossen“? Und ist Gretschmanns „historische“ Methode, die sich um das „Nachzeichnen theorie- und realgeschichtlicher Entwicklungslinien“ bemüht und historische Ereignisse in analytische übersetzen“ will (S. 20), je frei von Wagnis? Warum sollte diese Methode den Ehrgeiz haben, „geschlossen“ zu sein? Unterwirft sich Gretschmann hier nicht abermals dem Denken jener theoretischer Richtung, die er attackiert? Wird nicht gerade mit dem Hinweis auf die (betörende) „Geschlossenheit“ des markttheoretischen Erklärungsmusters (auch in seinen Übertragungen auf den Staats- und Genossenschaftssektor, auf gesellschaftliches Handeln überhaupt) die Selbstbeschränkung des ökonomischen Forschungsinteresses auf Marktprozesse und die Interpretation anderer gesellschaftlicher Institutionen und Handlungsfelder als „Marktprozesse“ gefördert?

Auch hier ist festzustellen: Die Theorie des Autonomen Sektors ist über bloße „Elemente“ und „Andeutungen“ längst hinausgewachsen. Es gibt einen breiten Strom Literatur zu volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Problemen der Genossenschaften und der Selbsthilfe! Es bedarf eben nur solcher Veröffentlichungen wie der vorliegenden von Klaus Gretschmann, um das Selbstbewußtsein dieser theoretischen Richtung zu stärken.

Th. Thiemeyer, Bochum

El-Shagi, El Shagi: Strategie der wirtschaftlichen Integration (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 298). Duncker & Humblot, Berlin 1980. 309 S. DM 96,—.

Daß wirtschaftliche Unterentwicklung auch ein Ausdruck niedriger Integration der Wirtschaftsteile ist, war den Entwicklungstheoretikern seit langem bekannt. Es fehlten jedoch Ansätze, die diesen schillernden Begriff der Integration für die Entwicklungstheorie schlüssig aus einer wirtschaftstheoretischen Position ableiteten, in ein brauchbares Meßkonzept übertragen

und empirisch überprüfen. Dies leistet El-Shagis Arbeit, die insofern von hohem Interesse für die Entwicklungspolitik ist.

Sie stellt zunächst verschiedene Ansätze wirtschaftlicher Integration dar — Dualismustheorien, Interdependenzansatz, Gleichheitsansatz von Myrdal, Integrationsansatz von Jochimsen, systemtheoretischer Ansatz von Körner. Diese werden kurz skizziert und kritisiert. Es folgt die Darstellung eines am Ziel der Allokationseffizienz orientierten Meßkonzepts der wirtschaftlichen Integration, das den Grad der Optimumrealisierung von Wirtschaftseinheiten beschreibt. Dabei wird der Integrationsgrad (I) durch die Kombination zweier Größen beschrieben, durch ein allgemeines Effizienzmaß, das die Gesamtleistung der Betriebe zum Optimum ins Verhältnis setzt (p -Wert) und ein Verteilungsmaß, das die unterschiedliche Leistungsfähigkeit einzelner Betriebe ausdrückt (V -Wert).

Dieses Meßkonzept wird für den landwirtschaftlichen Sektor in zwei indischen Distrikten für eine Stichprobe empirisch umgesetzt (Kapitel B 3). Die auf der Basis von Schattenpreisen ermittelten Ergebnisse zeigen einen frappierenden Grad an Optimumabweichung sowohl für die globale als auch für die strukturelle Komponente des Integrationsmaßes an, das eindrucksvoll belegt, welche Produktivitätsreserven in der indischen Landwirtschaft — und dies gilt wohl für die Mehrzahl der Entwicklungsländer — vorhanden sind. Dem auf der Hand liegenden Vorwurf des „Nirvana approach“ begegnet El-Shagi dadurch, daß er als „Optimum“ nicht einen theoretisch möglichen Höchstsertrag zugrunde legt, nicht einmal die Ergebnisse von landwirtschaftlichen Musterbetrieben, sondern die besten Ertragswerte aus dem eigenen Sample.

Eine Determinantenanalyse versucht, die Ursachen dieser Optimumabweichung zu ermitteln, wobei eine Vielzahl sozioökonomischer, räumlicher, regionaler Einflußgrößen getestet wird. Bessere Ergebnisse als die durchgeführten Einfachkorrelationen bringt eine Faktoranalyse, aus deren Ergebnissen auch wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen gezogen werden können.

El-Shagi's Buch enthält außerdem ein Kapitel über die wirtschaftliche Lage und Wirtschaftspolitik in Indien und Andra Pradesh, das allerdings zu seinem Forschungsansatz nur mittelbaren Bezug hat. Außerdem werden allgemeine Indikatoren der Desintegration in Andra Pradesh auf der Basis von Literaturverarbeitung dargestellt. Diese Indikatoren fügen sich allerdings nicht in ein Gesamtkonzept der Integrationsmessung ein. Sie sind daher nur geeignet, einen Überblick über räumliche und strukturelle Beziehungen zu geben.

Die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen El-Shagi's sind u. a. beschäftigungspolitischer Natur. Die von ihm berechneten niedrigen Schattenpreise für ungelernete Arbeit lassen es ihm ratsam erscheinen, die Arbeitskräfte im großen Stil auch außerhalb der Landwirtschaft (Infrastrukturprojekte) zu beschäftigen. Dieser Vorschlag muß allerdings gerade im Hinblick auf neuere Untersuchungen für den Fall kritisiert werden, daß das Problem der Nahrungsmittelversorgung von Infrastrukturarbeitern nicht hinreichend beherrscht wird. Hier sollte die von A. Sen beschriebene bengalische Hungersnot des Jahres 1943, der etwa zwei Millionen Menschen zum Opfer fielen, schrecken. Ihre Ursache waren nicht etwa Rückgänge der Ernteerträge, sondern massive Infrastrukturinvestitionen in Bengalen. Die dadurch ausgelöste Zusatznachfrage nach Nahrungsmitteln für die Arbeitskräfte ließ die

Preise steigen und führte im Anschluß zu weiteren spekulativen Überhitzungen auf dem Getreidesektor. Da die Nominallohne nicht schnell genug anzogen, verhungerten die Menschen bei vollen Getreidelägern.* El-Shagi geht zwar bei seinem beschäftigungspolitischen Vorschlag auf das „Abschöpfungssystem zur Sicherung der Finanzierung von Infrastrukturarbeiten“ ein, tippt es aber nur kurz an (S. 265). Zustimmung kann man den diversen von El-Shagi analysierten Möglichkeiten, die überschüssige Arbeitskraft im Bereich der Landwirtschaft selbst einzusetzen.

Maßnahmen zur effizienteren Nutzung anderer Produktionsfaktoren bzw. inputs will El-Shagi nicht auf die bedürftigsten Agrarbetriebe, sondern — aus Effizienzgründen — auf Betriebe mit mittleren Ergebnissen konzentrieren. Damit heben sich seine Schlußfolgerungen deutlich von Konzepten, wie etwa der basic needs-Strategie oder spezifischen Kleinbauernprogrammen ab. Es ist allerdings fraglich, ob sich diese Integrationspolitik aus dem von ihm verwendeten Integrationskonzept zwingend ergibt. Wenn man mit El-Shagi unterstellt, die leistungsfähigeren Betriebe reagierten auf Förderungsmaßnahmen am stärksten, so ist die Auswirkung derartiger Maßnahmen auf den Integrationswert (I) dennoch unbestimmt. Denn es erhöht sich dann zwar die globale Integration (p -Wert), während die strukturelle Integration (V -Wert) absinken kann. Da der von El-Shagi verwendete Integrationswert (I) das Produkt dieser Größen ist, muß die Auswirkung solcher von ihm vorgeschlagener Förderungsmaßnahmen auf den Integrationswert unbestimmt bleiben.

Insgesamt hätte die Studie knapper und straffer ausfallen können. Wer sie als Beispiel für entwicklungspolitische Integrationsprobleme liest, kann durch die breiten Darstellungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und Wirtschaftspolitik in Indien und in Andra Pradesh sowie die Darstellung einer Fülle von sozioökonomischen Indikatoren leicht ermüdet werden. Ihren eigentlichen Reiz gewinnt die Arbeit durch ein theoretisch schlüssiges Meßkonzept wirtschaftlicher Integration und durch die Umsetzung dieses Konzepts für zwei ländliche Gebiete in der Nähe von Hyderabad, ein Stück gelungener empirischer Arbeit. Wer sich auf diese Teile von El-Shagis Buch konzentriert, wird voll auf seine Kosten kommen.

H.-B. Schäfer, Hamburg

Lachmann, Werner: Wirtschaftspolitik im Ungleichgewicht. Eine Analyse fiskalischer und monetärer Maßnahmen des Staates in einem mikroökonomisch fundierten Makroungleichgewichtsmodell. (Europäische Hochschulschriften: Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 422.) Verlag Peter Lang AG, Frankfurt/M., Bern, Nancy, New York, 1983. 285 S. Br. sFr. 64,—.

Makroökonomische Ungleichgewichtsanalysen, in denen das interdependente Verhalten von Wirtschaftssubjekten bei nicht am Markt realisierten bzw. realisierbaren Plänen in Form von Reaktionsfunktionen für Preis- und/oder Mengengrößen im Zeitablauf untersucht wird, in Kombination mit einer Wirtschaftspolitik, die — geleitet von bestimmten Zielvorstellungen — versucht, diese ungleichgewichtige Entwicklung in der einen oder anderen Weise zu beeinflussen, sind in der Tat die interessantesten (und schwierigsten) Probleme in der Makrotheorie. Der Leser, der in diesem Bereich hier einen wesentlichen Beitrag erhofft, wird jedoch sehr bald eines Besseren

* Vgl. A. Sen, *Poverty and Famines*, New Delhi 1981, S. 52 ff.

belehrt, denn der Titel dieses Buches ist gemessen am Inhalt in zweifacher Hinsicht etwas irreführend: Zum einen werden keine Ungleichgewichte, sondern nur eine kleine Auswahl der bekannten *mengenrestringierten* Makro-Gleichgewichte (generell nachfragebeschränkte) betrachtet und hinsichtlich ihrer komparativ-statischen Gleichgewichtseigenschaften analysiert, zum anderen sind gut zwei Drittel der Publikation der Mikrofundierung von Verhaltensgleichungen (repräsentativer) Individuen vorbehalten und nur der Rest den Wirkungen „wirtschaftspolitischer Maßnahmen“ in Form von Änderungen der entsprechenden fiskal- und geldpolitischen Parameter. Damit ist der Aufbau dieser Arbeit schon grob skizziert. Lachmann geht im wesentlichen von der üblichen (geschlossenen) Ein-Gut-Welt mit drei Finanzaktiva (Geld, Bonds, Nominalkapital) und den Sektoren Arbeitnehmer- und Rentierhaushalte (Kapitalbesitzer) sowie Unternehmungen und Staat aus. Im Teil A leitet er aus einem intertemporalen Nutzenmaximierungsansatz Konsum-, Geld- und Bondsnachfragen für einen repräsentativen Haushalt (getrennt nach Arbeiter/Rentier) ab, im Teil B werden das aus dem intertemporalen Gewinnmaximierungskalkül resultierende Unternehmerverhalten unter verschiedenen Marktconstellationen bzw. institutionellen Gegebenheiten (vollkommene Konkurrenz; gegebener Preis und Absatz; gegebener Absatz, aber vom Unternehmer zu setzender Preis; gegebene Preis-Absatzfunktion) analysiert und im Teil C der Staatssektor (vergleichsweise kurz) dargestellt. Diese Partialansätze fügt Lachmann dann im Teil D zu einer Totalanalyse zusammen, in der er diverse komparativ-statische Gleichgewichtsanalysen durchführt. Teil E ist schließlich — zum Teil redundant — der Analyse und dem Vergleich der Wirksamkeit verschiedener wirtschaftspolitischer Maßnahmen des Staates vorbehalten.

Lachmanns wiederholt betontes Anliegen ist es, die in seinem „Makro-Modell“ relevanten Verhaltensweisen der verschiedenen Sektoren (repräsentativer Individuen) wahlhandlungstheoretisch zu begründen, um auf diese Weise zu einem — wie er meint — konsistenteren makroökonomischen Theorierahmen zu gelangen, in dem alle in den Verhaltensfunktionen auftauchenden Argumente aus dem Mikro-Ansatz abgeleitet sein müssen. Diese Mikrofundierung führt er — formal brillant — nach dem bekannten Schema durch: die beiden Haushaltstypen (Arbeiter/Rentier) und die Unternehmung maximieren (unter Nebenbedingungen) den Gegenwartswert aller Zukunftsnutzen bzw. zukünftigen Gewinne (unendlicher Zeit- bzw. Planungshorizont, gleiche individuelle Zeitpräferenzrate bei allen Individuen, zeitlich separable Nutzen- resp. Gewinnfunktionen); dieses Problem wird jeweils kontroll-theoretisch mittels des Maximumprinzips von Pontryagin gelöst und im Anschluß daran, die aus der (partiellen) komparativ-statistischen Gleichgewichtsbetrachtung resultierenden qualitativen Eigenschaften der jeweiligen Verhaltensgleichungen abgeleitet. So wichtig und — auch in den Augen des Rezensenten — grundsätzlich notwendig ein solches Vorgehen ist, die kritische Distanz zu den abgeleiteten Ergebnissen sollte dabei jedoch stets eingehalten werden, denn letztlich läßt sich jegliches Argument in einer Verhaltensfunktion eines „Makromodells“ durch eine entsprechende Formulierung der Zielfunktion (resp. der Nebenbedingungen) des repräsentativen Individuums „mikrotheoretisch begründen“. So gesehen gewährleistet eine Mikrofundierung quasi um jeden Preis keinesfalls per se schon eine qualitative Verbesserung eines Makromodells bzw. von dessen Ergebnissen oder gar neue bedeutsame Einsichten in den Wirtschaftsprozess. Unter diesem Aspekt sind die von Lachmann unterstellten Zielfunktionen und

Nebenbedingungen der repräsentativen Individuen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen; und hierbei zeigen sich doch einige Schwachstellen.

1. Die Zweiteilung in Arbeiter- und Rentierhaushalte wird willkürlich vorgenommen, wobei als Unterscheidungskriterium allein der (unveräußerliche!) Besitz von produktivem Realkapital dient. Obgleich erstere auch sparen und Geld- sowie (staatliche) Bonds nachfragen, besitzen nur die Rentiers auch Real- bzw. Nominalkapital (und damit auch die Unternehmen). Welcher Mechanismus — außer der exogenen Festlegung — hindert die Arbeiterhaushalte daran, in der ansonsten für alle Individuen als gleich sicher (oder unsicher) unterstellten Modellwelt auch Realkapital nachzuzufinden?

2. In den Nutzenfunktionen der beiden Haushaltstypen tritt neben den üblichen Argumenten auch noch „Liquidität“ auf, die ihrerseits definiert ist als Summe aus der mit dem Liquiditätsgrad 1 versehenen Realkasse und dem Liquiditätsgrad der Realbonds; der Liquiditätsgrad hängt selbst wiederum positiv von den Zinszahlungen (warum?) ab. Abgesehen davon, daß — wenn überhaupt — die Summe aus Realkasse und dem Produkt aus Liquiditätsgrad und dem Realwert der Bonds „Liquidität“ darstellt, muß man sich fragen, warum Liquidität in dieser von der üblichen Sicherheit geprägten Modellwelt überhaupt einen (unbegrenzten) positiven Grenznutzen stiftet und weiterhin, wieso Real- oder Nominalkapital keine „Liquidität“ aufweist, obgleich es ein Zinseinkommen erbringt und grundsätzlich doch auch verkäuflich sein müßte. Hier wird von Lachmann einfach postuliert, *nur* die Rentierhaushalte besäßen unverkäufliches Realkapital mit einem Liquiditätsgrad von null.

3. In die Zielfunktion der Unternehmen gehen u. a. die Zinskosten ihrer Geldhaltung (im) mit ein, wobei die Geldhaltung der Firma selbst (m) positiv von ihrem Umsatz an Konsumgütern abhängt. Die von Lachmann für diese Art des Zusammenhangs gegebene Begründung (S. 95/96) ist kaum überzeugend; andererseits ist diese Beziehung aber für die weiteren Überlegungen von ganz zentraler Bedeutung: Bei der Diskussion des Unternehmensverhaltens bei gegebenem (Konsumgüter-)Absatz aber vom Unternehmen zu setzendem (Konsumgüter-)Preis, stellt sich natürlich sofort die Frage, wieso der Preis in diesem Fall bei Gewinnmaximierung nicht gegen unendlich geht. Da jedoch m annahmegemäß mit steigendem Preis (bei Konstanz der Produktionsmenge!) gleichfalls zunimmt (obwohl dafür unter diesen Voraussetzungen tatsächlich kein ökonomisch einschichtiger Grund vorliegt), steigen selbstverständlich nun auch die Geldhaltungskosten der Unternehmung und folglich kann bei entsprechenden Annahmen ein endliches optimales Konsumgüterpreisniveau existieren.

Lachmann unterstellt weiterhin eine (neoklassische) Produktionsfunktion für Konsumgüter, in der die Investitionsgüterproduktion als Vorprodukt eingeht, aber gleichzeitig auch den Kapitalbestand (im Zeitablauf) quasi Firma intern erhöht; ein Realkapital- bzw. Investitionsgütermarkt existiert somit nicht — was zumindest mit der obigen Annahme über den Liquiditätsgrad des Real- bzw. Nominalkapitals von null konsistent ist. Eine Erhöhung von i bewirkt nun aufgrund der gestiegenen Geldhaltungskosten (im) der Firma eine interne Substitution von Konsumgüterproduktion gegen verstärkte „Investitionsgüterproduktion“, da deren „interne“ Ausweitung annahmegemäß keine Transaktionskosten verursacht mit der Konsequenz, daß

— je nach Modellvariante — der Zins überhaupt keinen oder aber einen (zumindest kurzfristig wirkenden) *positiven* Effekt auf die Investitionsgüterproduktion („-nachfrage“?) aufweist!

Wie bereits betont, durch entsprechende Formulierungen der Zielfunktion lassen sich alle möglichen Effekte und letztlich auch jegliches Argument in den Makrofunktionen „mikrotheoretisch“ fundieren. Die Komplexität der Mikrofundierung macht eben generell noch kein gutes Makromodell aus und somit ist Lachmanns Kritik an dem bisherigen Stand der Forschung auf dem Gebiet der Wirksamkeit von Geld- und Fiskalpolitik (S. 242): „Viele Modelle waren naiv, ließen wichtige Zusammenhänge außer acht und bestachen durch ihr eindeutiges Ergebnis. Die Modelle waren ferner oft nur mikroökonomischer ad-hoc-Natur. Es fehlte das mikroökonomische Gerüst“ zwar allgemein vielleicht zutreffend, doch sein Ansatz ist als Gegenentwurf in dieser Hinsicht kaum überzeugender.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Einwänden sind folgende (kleinere) kritische Punkte anzumerken: Die Definition der Bonds ist nicht einheitlich, einmal (S. 38 und 39 sowie Formel (1.4.2.)) sind es Flex-price Bonds (consols), dann wieder Fix-price Bonds (z.B. S. 56, 71). Das Symbol \tilde{k} ist einmal als Realkapital, d. h. in *Konsumgütereinheiten* ausgedrückter („realer“) Kapitalwert aufzufassen (siehe „Bemerkungen zur Notation“ und z. B. Fn. 59, S. 39), zum anderen aber auch als *physisches* Kapital (z. B. S. 71 ff.), ohne daß von Lachmann diese Unterscheidung klargestellt wird. Auf S. 69 werden die (offenkundig nominalen) Staatsausgaben (G) in die Nutzenfunktion in der Form $h(G)$ einbezogen, auf S. 79 werden sie dann ohne weiteren Rückbezug in realer Größe $h(G/p)$ berücksichtigt. Auf S. 50 betont Lachmann, daß in seiner Theorie der „mark up“ stets endogen (über Gewinnmaximierung) festgelegt werde, um dann ein paar Sätze weiter auszuführen: „Da die Firma den Preis des Konsumgutes festlegt, wird er nicht auf dem Markt bestimmt (sic!). Der Markt bestimmt somit nur die Menge des zu produzierenden Gutes.“ Auf S. 176/77 unterstellt Lachmann, daß im klassischen (Vollbeschäftigungs-)Modell der *Nominallohn* den Arbeitsmarkt räumt. Schließlich ist die Reaktionsfunktion (9.1.3) auf S. 192 fehlspezifiziert mit der Konsequenz, daß die nachfolgend dargestellten Stabilitäts- und komparativ-statischen Überlegungen (bis S. 203) recht zweifelhaft werden.

Die von Lachmann letztlich abgeleiteten Ergebnisse wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf Preisniveau, Beschäftigung, Konsumgüterproduktion usw. (zum Teil nur — trotz oder wegen der Mikrofundierung — mit starken ad-hoc Annahmen eindeutig festzulegen) sind für den eingeweihten Leser wenig überraschend, da sie weitestgehend aus der Literatur bekannt sind. Dort, wo er abweichende Resultate aufzeigt, sind sie den oben erwähnten nicht sehr überzeugenden Modellannahmen geschuldet. So gesehen, ist die Lektüre dieser Publikation — zumindest gemessen an den durch den Titel geweckten hochgespannten Erwartungen — enttäuschend und im ganzen auch recht schwierig, da die Ausführungen überladen sind mit Fußnoten, der Druck vergleichsweise klein ist und schließlich einzelne Teile bzw. Kapitel den Eindruck erwecken, sie seien völlig unabhängig voneinander und mit großem zeitlichen Abstand geschrieben worden; letzteres erklärt vielleicht auch, warum einerseits zum Teil sehr redundant Notationsangaben wiederholt werden, andererseits die Inhalte gleicher Symbole aber variieren.

Bei der Gesamtbeurteilung dieses Buches sollten die obigen kritischen Ausführungen zwar durchaus beachtet, doch insgesamt nicht zu stark bewertet

werden, denn neben anderem sind zwei wichtige Aspekte nicht zu übersehen: Da ist einmal die bestechende formale Brillanz der Analyse und zum anderen die Tatsache, daß Lachmann stets mit Erfolg bemüht ist, die formal abgeleiteten Ergebnisse — auch wenn sie zum Teil recht komplexer Natur sind — innerhalb seines Modellrahmens ökonomisch überzeugend verbal zu begründen bzw. nachzuvollziehen. Somit verbleibt zusammenfassend die Überzeugung, daß die Lektüre dieses Buches dem Theoretiker einen (wenn auch vielleicht etwas schwer verdienten) Genuß bzw. Gewinn bringt, der allenfalls durch den vergleichsweise hohen Anschaffungspreis noch etwas gemindert wird.

K. Jaeger, Berlin

Elsässer, Markus: Die Rochdaler Pioniere. Religiöse Einflüsse in ihrer Bedeutung für die Entstehung der Rochdaler Pioniergenossenschaft von 1844. (Schriften zum Genossenschaftswesen und zur Öffentlichen Wirtschaft. Hrsg. von Prof. Dr. W. W. Engelhardt und Prof. Dr. Th. Thiemeyer, Bd. 5.) Duncker & Humblot, Berlin 1982. 129 S. DM 58,—.

Diese Arbeit über die Rochdaler Pioniere und ihren Beitrag zur Entstehung der modernen Konsumgenossenschaften ist unter das große Thema „Religion und Wirtschaft“ im Sinne Max Webers und Alfred Müller-Armacks einzuordnen. Während Max Weber die Frage offen ließ, ob die Geist- oder die Realfaktoren für den Gang der Geschichte bestimmend sind, glaubt Müller-Armack das empirische Material dahingehend interpretieren zu dürfen, daß den geistigen Faktoren, vor allem dem Glauben und damit auch der Glaubenszersetzung, eine wesentliche Bedeutung zukommt.

Am Beispiel der Gründung der Rochdaler Pioniergenossenschaft kann diese Frage wieder aufgegriffen werden. Der Verfasser distanziert sich von der traditionellen Lehre, die in enger Anlehnung an die Schauweise des historischen Materialismus in dieser Gründung eine Reaktion auf die gegebenen sozioökonomischen Verhältnisse, vor allem auf das Scheitern eines Streiks im Jahre 1844, sieht. Er erkennt vielmehr den außerökonomischen Faktoren, den ideellen Einflüssen und Grundlagen und hier besonders den religiösen Idealfaktoren den Vorrang zu (S. 27).

Im Falle Rochdale unterscheidet sich die wirtschaftliche und soziale Lage kaum von der anderer Städte in Nordengland. Ungewöhnlich sind jedoch die religiösen Verhältnisse, die durch erbitterte Feindschaft zwischen anglikanischer Staatskirche und Nonkonformisten bestimmt wird. Dieser Jahre dauernde Streit hatte die Einwohner Rochdales kirchenbewußter gemacht, aber auch in zwei Lager gespalten: in die Gruppe der sozial nicht engagierten, konservativen Anglikaner und in die Gruppierungen um die Freikirchen — Kongregationalisten, Baptisten, Methodisten, Quäker und Presbyterianer —, die sich im Rahmen einer außergewöhnlich regen religiösen Aktivität für die Anliegen der Arbeiterschaft einsetzten, Reformvorhaben jeder Art, selbst wenn es sich um recht utopische Vorschläge handelte, unterstützten und deshalb von der Staatskirche unter Führung ihrer kompromißlosen und reformfeindlichen Vikare entschlossen bekämpft wurden.

Durch die Spannungen zwischen Anglikanern und Nonkonformisten hatten die Freikirchen trotz ihrer unterschiedlichen religiösen Bekenntnisse ein ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt. Nach der kirchlichen Tradition Englands waren sie von jeglicher staatlichen Unterstützung

ausgeschlossen und blieben daher bei ihren Bemühungen um soziale Besserung ganz auf sich gestellt. Vor allem bei den Methodisten fand der Gedanke der Kooperation, der gegenseitigen Unterstützung und der Selbsthilfe im Gemeindeleben den geeigneten Nährboden. Die freikirchlichen Ideen wirkten weit über das Religiöse hinaus auf die sozialpolitischen Bewegungen und Reformbestrebungen Rochdales ein und gaben den Menschen, die ein praktiziertes Tat-Christentum und, wie die Genossenschaftspioniere, tiefgreifende Veränderungen und Neuerungen anstrebten, den nötigen Rückhalt.

Vertieft man sich in die Beweggründe und Zielvorstellungen der einzelnen Menschen, die wir als Rochdaler Pioniere kennen, wird klar, daß die Konzeption der Rochdaler Konsumgenossenschaft das Ideal der Gemeinschaft und Freundschaft durch freiwillige und demokratische Kooperation verwirklicht hat und daß dieses vom Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und von freireligiösen Vorstellungen geprägte Leben sie von anderen Organisationsformen, selbst von anderen genossenschaftlichen Gründungsversuchen, unterscheidet. Auch in einer Ära, die Müller-Armack als „Jahrhundert ohne Gott“ bezeichnet hat, wirkte die Kraft des Glaubens noch auf die Verwirklichung neuer, der Situation der Zeit gemäßer Konzeptionen hin. Es ist das Verdienst von Markus Elsässer, die Ausstrahlung dieser Kraft am Beispiel der Rochdaler Pioniergenossenschaft eingehend dargestellt zu haben.

H. Hoffmann, Köln

Brachinger, Hans Wolfgang: Robuste Entscheidungen. Optimale Auswahl im Rahmen weicher Modelle. Verlag Statistische Hefte, Heidelberg 1982. 202 S. DM 44,—.

Brachinger entwickelt in der vorliegenden Arbeit ein Grundmodell robuster Entscheidungen für beliebige Anwendungen. Ausgangspunkt und Gegenstand der Anwendungen sind freilich statistische Entscheidungen.

Die Arbeit beginnt mit Diskussion und Kritik der traditionellen Vorgehensweise in der Statistik. Optimalität der klassischen Schätz- und Testverfahren beruht auf der Annahme einer bestimmten Verteilung oder gilt nur innerhalb einer bestimmten Klasse linearer Funktionen; ein hartes Modell wird jeweils unterstellt. Auf der anderen Seite hat man es bei empirischen Untersuchungen z. B. kaum mit exakt normalverteilten Daten zu tun: längerschweifige Verteilungen und Ausreißer sind keine Seltenheit. Bei dieser Sachlage ist insbesondere zu kritisieren, daß klassische Methoden schon bei kleinen Abweichungen stark an Optimalität verlieren; vor allem gegenüber einzelnen extremen Beobachtungen besteht eine hohe Empfindlichkeit.

Als Auswege aus dieser Situation bieten sich an

- die teilweise oder vollständige Ersetzung parametrischer Statistik durch explorative Datenanalysen,
- die verstärkte Verwendung nichtparametrischer Statistik,
- die Substitution klassischer durch robuste Verfahren,
- die Erweiterung der Modellannahmen zur Einbeziehung möglicher Abweichungen von den Annahmen sowie zur Erklärung abseits liegender Beobachtungen.

Brachinger ordnet die explorative Datenanalyse als Hilfsmittel ein, sieht die nichtparametrische Statistik wohl als einen Fall an, auf den sich Robustheitsuntersuchungen anwenden lassen, konzentriert sich auf robuste Verfahren und behandelt den letzten Punkt soweit es Annahmen über die Formulierung ökonomischer Modelle, über Fehlerprozesse, variable Koeffizienten usw. betrifft zumindest nicht explizit.

Die Robustheit von Verfahren ist bei unsicheren Informationen und bei Verfahren, die gegenüber geringen Modellabweichungen empfindlich sind, von ausschlaggebender Bedeutung. Aus der Kritik an den harten Modellen der klassischen Verfahren ergibt sich Brachingers Forderung nach der Bildung von weichen Modellen (Unsicherheitsmodellen), die Abweichungen von den harten Modellannahmen berücksichtigen. Weiche Modelle erfordern neue Optimalitätskriterien, die für eine breite Klasse von Modellen gut sind, aber nicht notwendig optimal für eines dieser Modelle.

Das weiche Modell wird von Brachinger als ein Tripel aus hartem Modell, Umgebungsmodell und stochastischen Informationen über das Umgebungsmodell beschrieben. Zwei robuste Entscheidungskriterien werden formuliert, die jeweils die Kenntnis einer Nutzenfunktion voraussetzen. Zu den Entscheidungskriterien werden Entscheidungsregeln eingeführt und die Auswahl robuster Verfahren wird als multikriterielles Entscheidungsproblem dargestellt. Das Grundmodell robuster Entscheidung ergibt sich schließlich als Ensemble bestehend aus Aktionenmenge, weichem Modell, einer Familie von Nutzen- und robusten Zielfunktionen sowie einer Entscheidungsregel. Brachinger wendet dann das Grundmodell auf die Auswahl robuster Verfahren zur Punktschätzung von Lageparametern an. Er führt zunächst einige Umgebungsmodelle und Nutzenfunktionen ein und zeigt dann, daß bekannte robuste Punktschätzverfahren auf das Modell robuster Entscheidungen zurückzuführen sind.

Brachinger gelingt es, das in der Literatur ungenau verwendete Robustheitskonzept zu präzisieren und mit dem Grundmodell die Komplexität robuster Entscheidungsprozesse zu zeigen. Es bleibt abzuwarten, ob auf der Basis dieses Ansatzes operationale robuste Verfahren entwickelt werden können. In jedem Fall werden robuste Verfahren wie M-, L- und R-Schätzer und verteilungsfreie Verfahren auch in Zukunft eingesetzt werden und ‚robuste‘ Modelle, die z. B. Ausreißer erklären, sind auch weiterhin eine empfehlenswerte Alternative. Das Buch ist gut geschrieben, die Argumentation ist genau, es bereichert die statistische Entscheidungstheorie.

H.-D. Heike, Darmstadt

Rippe, Wolfgang: Freiwillige Übertragungen als Problem der Transferökonomie: Eine empirische Studie. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1981. 356 S. Geb. DM 79,—.

1. Problemstellung und Zielsetzung

Dreh- und Angelpunkt der vorliegenden Arbeit sind von Privatpersonen vorgenommene freiwillige Übertragungen (= private Transfers) sowie die Analyse von Motiven des Transferverhaltens einerseits und der beobachtbaren oder meßbaren Determinanten dieses Verhaltens andererseits (S. 111 ff.). Das grundlegende Ziel besteht darin, festzustellen, ob — und wenn ja, inwieweit — derartige freiwillige Übertragungen hauptsächlich durch Nutzeninterdependenzen motiviert sind (S. 19).

Die Aktualität dieser Fragestellung hat seit Erscheinen des Buches (1981) eher noch zugenommen: Gerade in jüngerer Zeit wird von dem freiwilligen Engagement eine Entlastung des Staates im sozialen Bereich erwartet, von manchen politischen Gruppierungen sogar gefordert. Wie das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen vor kurzem feststellte, werden jährlich in der Bundesrepublik Deutschland für die verschiedensten gemeinnützigen Organisationen mehr als 3 Milliarden DM gespendet, ein großer Teil davon sicherlich auch von privaten Personen. Dies kann, wenn man so will, auch Möglichkeiten eröffnen, öffentliche Institutionen finanziell zu entlasten.

Nun orientiert sich Rippe keineswegs an solch vordergründigen fiskalischen Zielsetzungen. Ihm geht es in der Tat um die fundamentale Bedeutung privater Transfers, aber auch um ihre theoretische Einordnung in das Lehrgebäude herrschender Denkrichtungen: Die theoretischen Auseinandersetzungen seit Ende der 60er Jahre v. a. in den USA zwischen Transferökonom¹ und Vertretern der eher traditionell ausgerichteten Ökonomie, die Diskussion um interdependente vs. unabhängige Nutzenfunktionen, die Versuche, ökonomische Modelle zu entwickeln, die sowohl Tauschprozesse als auch Transferverhalten erklären können, stellen den Ausgangspunkt seiner Überlegungen dar.

2. Aufbau der Arbeit

Obwohl die Arbeit den Untertitel: „Eine empirische Studie“ trägt, gliedert sie sich in einen über den üblichen quantitativen Umfang eines Vorspannes weit hinausreichenden theoretischen Teil und in die eigentlich empirische Analyse. Dies mag zunächst verblüffen, erscheint aber bei näherer Betrachtung als gerechtfertigt und notwendig. Dies nicht nur deshalb, weil Begriffe wie Altruismus, Benevolenz, Malevolenz, pro-soziales Verhalten etc. einer ausführlichen Erläuterung und Definition bedürfen, um ein Begriffswirrwarr zu vermeiden, sondern auch, weil unterschiedliche theoretische Denkrichtungen — die vor allem im zweiten Kapitel vorgestellt werden — prinzipiell gleiche Sachverhalte mit einer anderen Nomenklatur belegen (z. B. Belohnung in austauschtheoretischer Sicht. Nutzen in ökonomischer Sicht) oder zu einer etwas anderen Sichtweise beitragen. (Dem soziologisch orientierten Austausch-Theoretiker wird etwas als „Tausch“ erscheinen, was für den Ökonomen eine einseitige Übertragung von ökonomischen Gütern ist; vgl. insbesondere S. 30 f.). Diese Darstellung und Gegenüberstellung der verschiedenen theoretischen Ansätze ist dem Autor weitgehend gelungen.

Durch die Verwendung graphischer Hilfsmittel wird die Anschaulichkeit der Materie erheblich gesteigert, so daß nicht nur dem theoretisch, sondern auch dem primär eher wirtschaftspolitisch orientierten Leser hier ein informativer, kurzer Überblick über insbesondere Austauschtheorie, Transferökonomie und traditionelle Nationalökonomie geliefert wird.

Die aufgrund der theoretischen Analyse von Kenneth E. Boulding u. a. Transferökonom¹ entwickelten denkbaren Transfermotive — Egoismus, Benevolenz und Malevolenz — bilden die Grundlage von Rippes theoretischen Ausführungen. In eingehender Weise wird dargelegt, welche ökonomischen Konsequenzen freiwillige Transfers hervorrufen und zwar in

¹ Zu diesen zählen einige hundert Wissenschaftler aus über 30 Ländern, wengleich die Mehrzahl in den USA wohnhaft sind. Vgl. Association for the Study of the Grants Economy (ASGE), Tenth Anniversary Brochure 1978, Augsburg 1978, S. 1/4.

Abhängigkeit von ihren jeweiligen Motiven. Von diesen hängt es beispielsweise ab, wie ein pareto-optimaler Zustand erreicht wird (S. 69 ff.), ob anhand des Pareto-Kriteriums staatliche Einkommensumverteilung gerechtfertigt werden kann, welche Umverteilungsrichtung von verschiedenen Motiven geprägte pareto-relevante Transfers hervorrufen können (S. 81 ff.), und welche Wirkungen Transfers hinsichtlich der Unterstützung, Ergänzung oder Substitution von Vorgängen im Rahmen der Tausch- und/oder Staatswirtschaft zeitigen werden (S. 90 ff.). Schließlich wird hier auch die Frage der kollektiven vs. individuellen Organisation freiwilliger Übertragungen diskutiert (S. 101 ff.).

Nach einer ausführlichen Darlegung und überwiegend formalen Herleitung des theoretischen Apparates kommt er dann zu seiner Definition freiwilliger Transfers oder freiwilliger Übertragungen (der Autor gebraucht diese beiden Begriffe synonym). Diese Definition (S. 64 ff.) orientiert sich, wie der Autor auch selbst schreibt, an der für eine empirische Analyse notwendigen Operationalisierbarkeit von Begriffen. Er versteht darunter alle Handlungen, die nicht zur Erfüllung eines juristischen Anspruches unternommen und vollendet werden, ohne einen solchen zu erlangen. Desweiteren sollen diese Handlungen Leistungen hervorbringen, die nicht dem Ausschlußprinzip unterliegen oder nicht verwandten Personen für Zwecke zugute kommen, für die diesen anderenfalls oder gleichzeitig durch die Allgemeinheit ein juristischer oder sozialer Anspruch auf Staatsunterstützung zugebilligt wird.

Exemplifizieren will der Autor die Ermittlung der Motive von Transfers an zwei Bereichen: Einerseits die Unterstützung gemeinnütziger Vereinigungen durch Spenden und andererseits die Bereitschaft zur Förderung der Wissenschaft. Vorher zieht er allerdings bereits den Schluß, daß die Ermittlung der Determinanten und Motive aufgrund von Nutzenfunktionen als nicht zweckmäßig erscheint (S. 122). Gegenstand seiner exemplarischen Analysen sind im Hinblick auf den ersten Beispielsbereich „... Geldspenden, die von Privathaushalten mit einem hohen Einkommen an im weitesten Sinne gemeinnützige Vereinigungen gegeben werden“ (S. 107). Die Einbeziehung von nichtgeldlichen Arbeitsleistungen und Sachspenden erfolgt infolge daraus resultierender erheblicher Bewertungsprobleme nicht (S. 109). Ausgeklammert werden weiterhin Spenden an einzelne Personen (ebenda).

3. Datenbasen

Da es sich um eine empirische Analyse handelt, führt Rippe seine Hypothesen einer Überprüfung anhand dreier Datenbasen zu (S. 135 ff.). Dabei handelt es sich um eine eigene Primärerhebung bei 1 087 Vertretern ausgewählter freier Berufe („High-income-people“) aus dem Jahre 1974, retrospektiv für das Jahr 1973. Die zweite Datenbasis bestand aus einer Umfrage bei 1 009 selbständigen Gewerbetreibenden und freiberuflich tätigen Personen aus dem Jahr 1963, die von der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik durchgeführt wurde. Die letzte zur Untersuchung bzw. Überprüfung der Hypothesen herangezogene Datenbasis war eine Stichprobe aus den Einkommensteuererklärungen der Jahre 1968 - 1972, die von den Einkommensteuerpflichtigen in Nordrhein-Westfalen abgegeben wurden, mit insgesamt 132 005 Erklärungen von 46 572 Personen.

Ein Detailproblem, das im Sinne einer Störvariable wirksam werden könnte, betrifft die dritte der verwendeten Datenbasen. In dieser Stichprobe wurden — wie bereits erwähnt — Einkommensteuererklärungen von regelmäßig

vorauszahlungspflichtigen, zur Einkommensteuer veranlagten Personen ausgewertet. Dabei war nicht zuletzt beabsichtigt, eine ausreichende Zahl von Personen die „... ein äußerst hohes Einkommen beziehen“ (S. 137) zu erhalten. Seit der sattsam bekannten Parteispendenaffäre weiß auch die Öffentlichkeit, daß die Intention der Spender durchaus unterschiedlich sein kann. Zwar handelt es sich hier nicht um Unternehmen, sondern um Privatpersonen, das generelle Problem bleibt jedoch gleich. Da Rippe diese Stichprobe nicht nur zur Abschätzung des Gesamtspendenaufwandes, sondern auch zur Eruierung der Zusammensetzung der Spenden (parteilich, gemeinnützig etc.) verwendet, könnte der Fall auftreten, daß die ausgewiesene Zusammensetzung der Spenden (S. 143 ff.) nicht notwendigerweise vollständig den Intentionen der Spender entspricht, d. h. Spenden für gemeinnützige Zwecke vielleicht überschätzt werden. In Weiterführung des Arguments könnte dies Konsequenzen für die Bedeutung des Benevolenzmotives haben. Selbstverständlich gehen derartige Probleme nicht zu Lasten des Autors, da sie sich seiner Analyse naturgemäß entziehen. Wichtig erscheint es jedoch, auf derartige Randbedingungen — so gering ihre Auswirkungen sein mögen — hinzuweisen und diese gewissermaßen im Hinterkopf zu behalten, um die erzielten Ergebnisse auch einmal im Spiegel derartiger „Irrationalitäten“ zu betrachten.

4. Ergebnisse

Als Ergebnis der empirischen Analyse im Hinblick auf die Unterstützung gemeinnütziger Vereinigungen durch Geldspenden ist festzuhalten, daß diese überwiegend auf 3 weitgehend voneinander unabhängige Determinanten zurückzuführen sind (vgl. Kapitel 7). Es handelt sich dabei um den Grad des sozialen Verantwortungsgefühls einer Person, die Zahl ihrer privaten Kontakte zu Personen, die potentielle Spendenempfänger vertreten, und letztlich die Kosten des Transfers. Ein weiteres Ergebnis zeigt, daß das Spendenverhalten stark habitualisiert ist.

Im Hinblick auf die Bereitschaft zur Unterstützung der Wissenschaft zeigt sich nachfolgendes Ergebnis (vgl. Kapitel 8): Relevante Determinanten sind die Einstellung zur Wissenschaft, die vermeintliche Dringlichkeit von Reformen in diesem Bereich, die vermutete Wirksamkeit auch kleinerer Unterstützungsbeträge, die perzipierte Abhängigkeit vom wissenschaftlichen Fortschritt im eigenen Beruf und letztlich die Anzahl der Kontakte zu Wissenschaftlern. Für beide Beispielbereiche kommt der Verfasser zu der Vermutung, daß Spenden das Resultat benevolenter Motive seien (S. 271).

In einer — sehr knapp gehaltenen — politischen Umsetzung dieser Befunde kommt er Autor abschließend zu dem Ergebnis, daß aufgrund dieses benevolenz-orientierten Motivs die analysierten freiwilligen Übertragungen redistributive Wirkungen zeitigen, d. h. zu einer Umverteilung von „oben“ nach „unten“ führen und sie bis zu einem gewissen Ausmaß einen Beitrag zur Integration eines Wirtschaftssystem leisten können (S. 272 ff.).

5. Kritische Würdigung

Nun zu einigen kritischen Anmerkungen zu Rippes Arbeit. Diese beziehen sich, erstens, auf die „Breite“ der Problemsicht, reflektiert im Spektrum der gewählten Transferarten, zweitens, auf die Auswahl der untersuchten Personengruppen, drittens, auf die Gegenüberstellung von Transferökonomie und traditioneller Nationalökonomie, und viertens, auf die Lesbarkeit des Werkes auch für Nicht-Ökonomen.

Erstens: Indem Rippe die Bedeutung privater und freiwilliger Transfers betont, unterscheidet er sich — in der Tradition der Transferökonomie — von der Finanzwissenschaft, die sich v. a. mit der Einkommensumverteilung durch öffentlich-fiskalische (Gebietskörperschaften) und para-fiskalische Institutionen (v. a. die Institutionen der sozialen Sicherung) befaßt. Indem er sich nur auf monetäre Transfers privater Personen konzentriert, läßt er jedoch den weiten Bereich der privaten und öffentlichen Realtransfers, der impliziten Transfers, sowie der Transfers von Vermögen und nicht-ökonomischen Ressourcen (wie Macht, Status u. a. gesellschaftliche Ressourcen in der Taxonomie von U. G. Foa) außer acht — und dies erfolgt im Gegensatz zu einem weiteren Anliegen der Transferökonomie.

Zwar scheint Rippes Vorgehensweise für eine Partialanalyse im vorliegenden Sinne durchaus legitim zu sein. Wünschenswert wäre es jedoch gewesen, ausführlicher darauf hinzuweisen, daß hier nur ein Segment aus der Gesamtheit der denkbaren Transferarten betrachtet wird, nicht zuletzt deshalb, weil die reale wirtschafts- und sozialpolitische Welt, und die Produktion von Gütern in dieser Welt, durch das immer stärkere Aufkommen des sog. autonomen Sektors gekennzeichnet ist. In diesen autonomen Produktionseinheiten spielt die monetäre Komponente eine zunehmend geringere Rolle. Anders ausgedrückt: Das Gewicht nicht-monetärer Transfers könnte sich durchaus gegenüber freiwilligen privaten Geldspenden relativ erhöhen. Ein interessantes Forschungsfeld könnte mithin darin bestehen, die von Rippe vorgestellten empirischen Ergebnisse hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf nicht-monetäre Transferleistungen Privater zu überprüfen. Die Unterscheidung des Autors zwischen der Geldspende als „Opfer“ und dem Transfer von Dienstleistungen (z. B. in Form von organisierter Nachbarschaftshilfe) als „Gefälligkeiten“ scheint in ihrer impliziten Wertung übereilt zu sein und der Bedeutung dieser „Gefälligkeiten“ nicht ganz gerecht zu werden (vgl. S. 66).

Rippe kommt im Hinblick auf die Transferökonomie, die ja im besonderen Interesse seiner Untersuchung steht, nicht zu unrecht zu der Feststellung, daß sich diese bisher in der Mehrzahl ihrer Untersuchungen auf die Bestimmung von Umfang und Konsequenzen staatlicher Leistungen beschränkt hat. Freiwillige Übertragungen Privater spielen eine untergeordnete Rolle. Wenn er jedoch zu den Anfängen der Transferökonomie zurückgeht, findet er, daß private Transfers den Ausgangspunkt der Überlegungen darstellen, daß aber im Zuge der empirischen Arbeiten, v. a. bedingt durch den Mangel an Daten über private Transfers, das Augenmerk zunehmend den öffentlichen Transfers zugewandt wurde².

Zweitens: Rippe selbst warnt vor einer direkten Übertragung der Ergebnisse auf ausgeklammerte Felder, meint damit jedoch die Übertragung auf

² Dies wird durch die ersten Veröffentlichungen zum Thema der Transferökonomie („grants economy“) belegt. Vgl. *Martin Pfaff*, mit einer Einführung von *Kenneth E. Boulding*, *The Grants Economy: Unilateral Transfers in the U.S. and Global Economies*, E. Lansing, Mich.: Computer Institute for Social Science Research, Februar 1968, 112 Seiten. *Kenneth E. Boulding*, *The Grants Economy*, Michigan Academician (Papers of the Michigan Academy of Science, Arts and Letters), 1, 1 and 2 (Winter 1969), S. 3 - 11. *Kenneth E. Boulding*, *Public Choice and the Grants Economy: The Intersecting Set*, *Public Choice*, VII (Herbst 1969), S. 1 - 2. Und im deutschen Sprachraum: *K. E. Boulding* und *M. Pfaff*, *Transferwirtschaft — Regelungstheorie der Wirtschafts- und Sozialpolitik*, in: *Wirtschaftswoche*, Nr. 36, 1972, S. 35 - 42.

das Verhalten von Unternehmen oder des staatlichen Sektors. Diese Einschränkung ist richtig und wichtig, deckt jedoch nur die eine Seite des Problems ab (S. 110). Die andere Komponente wird durch die Natur der drei Stichproben bestimmt. Das entscheidende Problem liegt dabei darin, daß überwiegend bzw. überproportional zur Bevölkerung auf High-income-people abgestellt wurde. Eine Übertragung der Ergebnisse auf einen Bevölkerungsdurchschnitt (oder auf Low-income-people) wäre nur dann möglich, wenn diesen anderen Personengruppen a priori gleiche Motive, gleiche Determinanten, mithin gleiches Verhalten unterstellt würden. Diese Annahme scheint jedoch ohne weitergehende Fundierung kaum zulässig zu sein. Wohl gemerkt: Das Verdienst dieser zweifachsegmentierten empirischen Analyse — segmentiert hinsichtlich der Transferart und der Gruppe der Donatoren — soll hier keinesfalls geschmälert werden. Jedoch ist es wichtig im Auge zu behalten, daß bei anderen Personengruppen durchaus andere oder zusätzliche Handlungs- und motivbestimmende Determinanten in den Vordergrund treten könnten.

Neben den High-income-people gibt es noch weitere Personengruppen, die im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt überdurchschnittlich hohe Spenden an gemeinnützige Vereinigungen leisten. So ermittelte z. B. das Institut für Demoskopie Allensbach in einer Studie aus dem Jahre 1979 insbesondere die Gruppe der älteren Personen und die Personengruppe, die jeden Sonntag die Kirche besucht, als bedeutende Spender. Noch gravierender ist, daß im Hinblick auf die Unterstützung der Wissenschaft nur auf die Bereitschaft zum Spenden, nicht aber auf das tatsächliche Spendenverhalten abgestellt wird. Nun ist aber der Einstellungs-Verhaltens-Bias in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen eine altbekannte Tatsache. Auf diesen eklatanten Unterschied weist Rippe zwar hin (S. 110), berücksichtigt ihn aber im weiteren Verlauf seiner Untersuchung nicht mehr.

Drittens: Die von Rippe zu Beginn seines Buches postulierte „Frontstellung“ der Transferökonomie gegenüber der „traditionellen“ Ökonomie geht am Kern der Sache vorbei. Daß es dabei nicht um Fronten, sondern um das Hinausschieben der manchmal doch recht engen Grenzen der traditionellen Ökonomie geht, kann anhand etlicher Literaturverweise deutlich gemacht werden³. Die im weiteren Verlauf der Arbeit getroffene Einschätzung des

³ Die Transferökonomie untersucht (bisher tendenziell ausgeklammerte) Verhaltensweisen mit dem Anspruch „... that they indeed modify, if not alter completely the image that we have of the kind of economy we live in ...“ (*M. Pfaff* und *A. B. Pfaff*, *The Grants Economy as Regulator of the Exchange Economy*, in: U. S. Congress, Joint Economic Committee, *The Economics of Federal Subsidy Programs*, Washington, D. C. 1972, S. 122). Was damit bezweckt wird, verdeutlicht und veranschaulicht nachfolgendes Zitat: „In contrast with the homo-oeconomicus assumption of traditional economics, a wider range of motives is recognized by grants economics. These motives range from pure selfishness to pure altruism on the one hand, and from pure malevolence to pure benevolence on the other. While these motives can be found for different individuals and in different interaction situations, some of these are clearly more common than others. However, it should be noted, for example, from empirical including experimental evidence that altruistic forms of behavior are both observable and eminently functional for the survival of the species. It can be found in all forms of life“ (*M. Pfaff* und *A. B. Pfaff*, *Grants Economics: A Treatise on the Political Economy of Redistribution*, unveröffentlichtes Manuskript, Augsburg-Leitershofen 1977, Abschnitt 3.6.). Sowie: „The central idea of grants economics is that exchange

Autors trifft unseres Erachtens schon eher den Kern der Sache: „Insgesamt scheint uns die Transferwirtschaftslehre mit ihrer Suche nach Ursachen und Konsequenzen von freiwilligen Transfers eher eine Mittelstellung zwischen Austauschtheorie und traditioneller Nationalökonomie einzunehmen“ (S. 51 f.).

Viertens: Indem Rippe zur Erklärung des altruistischen Verhaltens auch auf die Ansätze der Soziologie und Psychologie rekurriert, entspricht er der Intention der Transferökonomie, auch über den engen Bereich der Nationalökonomie bei der Erklärung des Transferverhaltens hinauszugehen. Nicht zu unrecht beklagt er dabei die Uneinheitlichkeit der Zuordnung von Begriffen und Sachverhalten in diesen Disziplinen. So versucht er denn auch zunächst „... Gemeinsames und Trennendes zu identifizieren und begrifflich zu fixieren“ (S. 24), was ihm recht gut gelingt.

Die insbesondere zu Beginn seines Buches gewählte Art der formalen Darstellung wird von Nationalökonomem — schon allein wegen ihrer Klarheit und Präzision — begrüßt werden. Für interessierte Vertreter der angesprochenen Disziplinen — insbesondere der Psychologie und Soziologie — wird die Argumentation dadurch jedoch schwerer zugänglich; interessierte Nicht-Wissenschaftler werden dadurch wohl eher abgeschreckt werden. Einer weiteren Verbreitung des Buches sind damit wohl einige Grenzen gesetzt.

Abschließend noch eine kurze Anmerkung in formaler Hinsicht: Die ausgezeichnet durchgegliederte Arbeit ermöglicht es dem Leser, sich relativ leicht zurecht zu finden, wobei dem methodisch und empirisch Interessierten zusätzlich drei informative Anhänge angeboten werden. Allerdings ist bei aller lerntheoretischen Relevanz von redundanten Formulierungen nicht ganz einzusehen, warum Kapitel 1 von S. 19 unten ab gleichzeitig als Kurzfassung (S. 333 ff.) in wörtlich identischer Weise behandelt wird.

6. Zusammenfassende Stellungnahme

Die Arbeit von Rippe ist als theoretisch fundierter und lesenswerter Beitrag zu verstehen, Determinanten und Motive freiwilliger monetärer Transfers privater Personen empirisch zu untersuchen. Gleichzeitig werden durch eben diese Festlegung auf die monetäre Seite der freiwilligen Übertragungen implizit Felder aufgezeigt, wo weiterer Forschungsbedarf besteht.

Trotz einiger Einschränkungen handelt es sich um ein interessantes und wichtiges Buch. Für den nur deutschsprachigen Leser eröffnet es erste Einblicke in das Anliegen und die Vorgehensweise der Transferökonomie. Somit kann es auch als eine der wichtigsten deutschsprachigen Veröffentlichungen zu diesem Thema angesehen werden.

M. Pfaff, Augsburg

economics is not enough ... Grants economics contends that grants must not be regarded as something exotic outside the economic system proper, but must be integrated into both the theory and the empirical study of the economy“ (K. E. Boulding und M. Pfaff, „Introduction to the Series on Grants Economics, in: K. E. Boulding und M. Pfaff (Hrsg.), *Redistribution to the Rich and the Poor*, Belmont, Calif. 1972).